Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang | Donnerstag, 28. März 1935 | Nr. 74

Landbund in Abwehr gegen SHF

Ausschlüsse aus der Partei

Mittwoch fand in Prag eine Sitzung der Reichsparteileitung des Bundes der Landwirte statt, welche sich mit den politischen Vorgängen in der letzten Zeit, mit dem Verhältnis zur SHF. und mit den Zuständen in der Partei selbst beschäftigte. In dem parteiamtlichen Bericht heißt es u. a.:

Gemäß Beschluß der Reichsparteivorstandes vom 20. März trat heute der Reichsparteivorstand des Bundes der Landwirte in Prag zusammen. Die von allen vierzehn Kreisverbänden beschickte Sitzung befaßte sich zunächst mit der durch die ablehnende Antwort der SHF. sich ergebenden Lage und genehmigte einstimmig die Antwort an die SHF.

Unseren Verhandlungsleitern mit Minister Spina und Vizepräsident Zierhut an der Spitze, wird der Dank und das Vertrauen ausgesprochen.

Es wurde festgestellt, daß durch die ablehnende Antwort der SHF. dem Bund der Landwirte der weitere Weg als selbständige politische Partei des deutschen Landvolkes klar vorgezeichnet ist.

Der Reichsparteivorstand beschloß die nach der gegebenen Lage notwendigen organisatorischen und wahltechnischen Maßnahmen:

Die vom Erkenntnissenat der Partei am 26. März l. J. verfügten Ausschlüsse aus der Partei wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Aus der Partei ausgeschlossen wurden: Der Genossenschaftsrevisor Ing. Franz Künzl (Brünn), Lagerhausdirektor Anton Pfrogner (Mies), Bezirksvertrauensmann Wenzel Benisch, Landwirt (Elhotten bei Mies), Parteisekretär Heinrich Stuiber (Mies).

Bezüglich der Wiederaufrichtung des Bezirksverbandes Mies wurde das Notwendige veranlaßt.

Es wurde neuerdings die Einmütigkeit der Auffassung in allen schwebenden Fragen durch die Vertreter aller vierzehn Kreisverbände festgestellt.

Berlin gegen Moskau

Hitler verlangt 550.000 Mann

Paris. Aus den Berichten über die Berliner Besprechungen der britischen Minister mit Reichskanzler Hitler, die im ersten Augenblick verworren schienen, da Zugeständnisse und Forderungen nicht voneinander klar geschieden wurden, ergeben sich in Paris nach den übereinstimmenden Nachrichten der Berliner Korrespondenten folgende Einzelheiten: Die Forderungen werden folgendermaßen zusammengefaßt:

1. Deutschland verlangt eine Landarmee von 550.000 Mann. Es ist bereit, die Herstellung von Tanks und schweren Geschützen einzustellen, wenn alle übrigen europäischen Mächte das gleiche tun.

2. Deutschland verlangt eine Kriegsflotte von 420.000 Tonnen, das sind 35 Prozent der Gesamttonnage der britischen Kriegsflotte.

3. Was das Militärflugwesen betrifft, verlangt Deutschland die Parität mit den stärksten europäischen Mächten.

Die Zugeständnisse Hitlers — die nach den Berichten der Berliner Berichterstatter der Pariser Blätter nicht sehr zahlreich sind — betreffen hauptsächlich die Sicherung der Rheingrenze. Hitler ist auch bereit, einen westeuropäischen Luftpakt abzuschließen. Die Berichterstatter schildern die Lage so, daß Hitler zu einem westeuropäischen Locarno bereit ist, um im Osten freie Hand zu haben, und daß er insbesondere das sogenannte Ostlocarno, den Osteuropapakt entschieden ablehnt.

Einige Blätter versehen ihre heutigen Betrachtungen zusammenfassend mit der Ueberschrift „Berlin gegen Moskau".

Bombengeschwader mit drehbaren Geschütztürmen

London. Zwei englische Bombengeschwader werden zur Zeit mit mechanisch drehbaren Geschütztürmen ausgerüstet. Die Türme sind an der Spitze des Flugzeuges angebracht, gewähren einen unbeschränkten Schußradius und erlauben selbst bei größter Geschwindigkeit unbehindertes und genaues Schießen.

Die Führer der Kleinen Entente beraten

Preßburg. Der rumänische Minister für auswärtige Angelegenheiten Titulescu mit Gemahlin und mit dem bevollmächtigten Minister Naicovicenn traf Mittwoch um 10 Uhr 45 aus Belgrad in Preßburg ein.

Dem Gast wurde eine herzliche Begrüßung zuteil. In seiner Antwort auf die Begrüßung des Bürgermeisters führte Titulescu u. a. aus: Als ich von Rumänien abreiste und dann über Jugoslawien und die Tschechoslowakei reiste, hatte ich den Eindruck, als ob ich ständig zu Hause wäre. Zu diesem meinem Gefühle trägt auch die Anwesenheit des Herrn Ministers Dr. Beneš bei, der ein Teil meiner selbst ist. Wir zwei sind eins. Man spricht von der Revision. Ja, wir nehmen eine Revision an, aber das ist die Revision unter uns. Wir wollen die Grenzen zwischen uns beseitigen, aber wir werden diese Grenzen gegen ausländische Angriffe fest verteidigen.

Die Beratungen des rumänischen Außenministers Titulescu und des Außenministers Doktor Beneš wurden sofort nach der Ankunft des rumänischen Ministers in Preßburg im Hotel „Carlton" aufgenommen.

Die Beratungen wurden um halb 10 Uhr beendet. Nach Abschluß der Beratungen empfingen die Minister Titulescu und Dr. Beneš die Journalisten, denen Minister Titulescu folgende Erklärung abgab:

„Ich habe heute den ganzen Tag hindurch mit meinem Freunde Beneš, ebenso wie gestern mit meinem Freunde Jevtić, alle Zeitfragen behandelt. Wir konstatierten eine vollkommene Uebereinstimmung, so daß ich Ihnen mit Nachdruck bestätigen kann, daß das Vorgehen und Verhalten der Kleinen Entente, und zwar im Zusammenhang mit allen gegenwärtig auftauchenden Fragen vollkommen klar und einheitlich festgelegt ist.

Ministerpräsident Jevtić wurde telephonisch über unsere Besprechungen unterrichtet, so daß ich das Recht habe, namens aller drei Staaten der Kleinen Entente zu sprechen. Trotzdem die internationale Lage ernst ist, sind wir fest überzeugt, daß der Frieden erhalten werden kann. Für die Erreichung dieses Zieles bedeuten die römischen Abmachungen den Beginn einer völlig neuen Aera in der Politik Europas. Ich kann Ihnen bestätigen und erklären, daß die Kleine Entente zu einer aufrichtigen und loyalen Zusammenarbeit mit allen Staaten Mitteleuropas willens und bereit ist. Nach unserer Ansicht sind die Londoner Abmachungen sowie der Ostpakt sicherlich neue weitere Elemente der Sicherheit, die es uns erlauben, mit Vertrauen in die Zukunft zu blicken.

Wir sind Diener des Friedens, aber gleichzeitig auch Diener des Rechtes. Eben deswegen zielen alle unsere Bestrebungen darauf ab, daß das Recht siege, denn wir sind der Ansicht, daß ein nicht auf dem Recht gegründeter Frieden ein Zeitabschnitt ist, der in Anarchie stürzen könnte."

Minister Dr. Beneš erklärte dann, daß er sich der Kundgebung des Ministers Titulescu, der er nichts hinzuzufügen habe, vollkommen anschließe.

Die schönsten Früchte menschlicher Zivilisation bringt die Freiheit

Minister Titulescu grüßte abends vor der versammelten Masse beim Hotel in rumänischer Sprache den Präsidenten Masaryk, die Tschechoslowakische Republik und die Slowakei, was von der zahlreichen Versammlung mit ungeheurem Beifall und mit Hochrufen aufgenommen wurde.

Als sich die Akklamationen gelegt hatten, ergriff Minister Dr. Beneš das Wort, der zunächst die Kundgebung Minister Titulescus verdolmetschte. Er sagte:

„Minister Titulescu ist von eurer Begrüßung ergriffen und hebt insbesondere hervor, daß er sich unter euch wie zu Hause fühlt. Die Slowaken und die transsylvanischen Rumänen, die Tschechoslowaken und die Rumänen überhaupt, haben lange Jahre in Unterdrückung gelebt, heute leben sie in Freiheit und verstehen sie zu würdigen. Die schönsten Früchte für die menschliche Zivilisation bringt eben die Freiheit. Unsere drei Länder sind auf immer in Einigkeit, Treue und in der Arbeit für das Recht und die Gerechtigkeit verbunden. Ich danke euch herzlich für eure heutige Manifestation. Ihr seid gekommen, den Minister des Aeußern des Königreiches Rumänien, Titulescu, zu begrüßen. Jahrelang arbeite ich mit ihm zusammen und es bereitet mir eine besonders große Freude, daß ich das bei dieser Gelegenheit neuerdings vor euch in der Slowakei und in Bratislava bestätigen kann. Politisch möchte ich noch folgendes sagen: Wann immer internationale Schwierigkeiten auftauchen, kommen die Minister der Kleinen Entente zusammen. Sie verhandeln alle ernsten Angelegenheiten, sie verhandeln alle Fragen und einigen sich über die Lösung, wie dies auch heute der Fall war. In Ruhe, im Geiste der Sicherheit erwägen wir die internationale Lage. Wir sind uns unserer Pflichten bewußt, wir sind uns unserer Rechte bewußt, wir wissen insbesondere, daß die gegenseitige Lage Ruhe, Sicherheit, feste Nerven erfordert.

Abreise Titulescus

Preßburg. Der rumänische Außenminister Titulescu ist Mittwoch um 19.45 Uhr, von der Bevölkerung stürmisch begrüßt, vom Hotel „Carlton" zum Bahnhof gefahren, von wo er nach der Verabschiedung von Minister Dr. Beneš und den lokalen Faktoren um 20.13 Uhr über Wien nach Paris abreiste.

Minister Dr. Beneš reiste aus Preßburg um Mitternacht nach Prag ab.

Einberufung des britischen Kabinetts

London. (Reuter.) Das britische Kabinett ist noch für Mittwoch abends zu einer Sitzung zusammenberufen worden, um den Bericht Sir John Simons über den Berliner Besuch entgegenzunehmen.

London. Das britische Kabinett trat Mittwoch abends im Unterhaus zusammen, um den Bericht des Außenministers Sir John Simon über seine Berliner Aufgabe entgegenzunehmen. Da das Kabinett nicht die Absicht hatte, irgendwelche Beschlüsse über die in dem Bericht erwähnten Fragen zu fassen, dauerte die Sitzung nur 40 Minuten. Eine vollständige Denkschrift über seinen Berliner Besuch wird Simon zu gegebener Zeit dem Kabinett unterbreiten.

Man rechnet damit, daß der Außenminister Donnerstag eine kurze Erklärung über seinen Besuch im Unterhause abgeben wird. Inzwischen beobachtet man in amtlichen Kreisen über die Ergebnisse dieses Besuches äußerste Zurückhaltung.

Eden in Rußland

Moskau. (Taß). Auf der Durchreise nach Moskau hat der britische Lordgeheimsiegelbewahrer Eden mit seinen Begleitern die Station Njegoreloje passiert. An der Grenze wurde er von dem Vertreter des Außenkommissariates Weinberg empfangen, der den Minister namens der Sowjetregierung und des Volkskommissärs des Aeußeren Litwinows begrüßte.

Der Trennungsstrich und was weiter?

Der Beschluß des Hauptrates der SHF. alle Verhandlungen mit dem Bund der Landwirte abzubrechen, kann nach der Entwicklung in den letzten Wochen niemanden überraschen und stellt nur den Versuch dar, die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen über eine „Volksgemeinschaft" dem B. d. L. zuzuschieben und den Eindruck hervorzurufen, als wäre es die SHF, welche als erste sich vom Verhandlungstisch zurückzieht. Jedenfalls macht dieser Beschluß nun auch formell dem untragbaren Zustand ein Ende, daß eine Regierungspartei, die in der freundnachbarlichen Zusammenarbeit mit dem tschechischen Volke ihre Hauptaufgabe erblicken will, die Patronanz über eine Partei ausübt, deren nationaler Radikalismus — von ihrem wenig verhüllten fascistischen Charakter gar nicht zu sprechen — trotz aller vom Munde Henleins sirupsüß fließenden Loyalitätsbeteuerungen außer Frage steht und deren Sieg innerhalb der sudetendeutschen Wählerschaft sicher nicht den Weg gangbarer machen würde, den der B. d. L. angeblich unentwegt wandeln will.

Wie immer sich nach der Zerschlagung der Verbindungen und Bindungen zwischen SHF und B. d. L. die Verhältnisse gestalten mögen, die Trennung der beiden Parteien bildet einen neuen Abschnitt in der Geschichte der SHF und lohnt darum wohl einen kurzen Rückblick.

Als die SHF gegründet wurde, wurde sie allseits freundlich und mit großen Erwartungen aufgenommen. Sowohl auf deutscher wie auf tschechischer Seite. Vielfach wurde geglaubt, das große Wunder einer gründlichen Wandlung des nationalen Sudetendeutschtums habe sich nun faktisch vollzogen. Der Kampf, den die deutschen Sozialdemokraten gegen die nach der Auflösung der Hakenkreuzparteien neu errichtete Faseistenfront eröffneten, wurde von ihnen allein geführt, die anderen staatsbejahenden Parteien nahmen eine abwartende Haltung ein oder sie erblickten in unserem Kampfe gegen die SHF nur den Ausfluß politischen Konkurrenzneides, der niemanden andern etwas angehe. Sogar die Parteien der tschechischen Linken, das darf wohl in aller Freundschaft gesagt werden, sahen unseren Widerstand gegen die Henleinfront als eine Art Borniertheit gegen eine gesunde Entwicklung innerhalb der Sudetendeutschen an und gaben sich der Illusion hin, die SHF verfolge gemäß der wiederholten Loyalitätsbekundungen Henleins keinen anderen Zweck, als den, die frühere Hitlersche Gefolgschaft bei uns zu Staatstreue und demokratischem Denken zu erziehen. Auch die anderen tschechischen Parteien und ihre Presse bezeugten der SHF ihr Wohlwollen und mit voller Berechtigung verweisen die „Lidové Noviny" in ihrem vorgestrigen Leitartikel darauf, daß seinerzeit eine Reihe von Preßorganen die bange Frage aufwarf, ob die Aufgabe, die sich Henlein gestellt habe, nicht über seine Kräfte gehe und ob ihm das Werk gelingen werde. Die „L. N." sprechen dabei nur von der deutschen Presse, aber wir könnten genug Zitate anführen, daß auch viele tschechische Blätter Henleins Aktion mit wärmster Sympathie und totaler Blindheit für das, was sich wirklich vollzog, begleiteten.

Sehend und doch auch blind traten die deutschen bürgerlichen Parteien der SHF entgegen. Sehend, weil sie keinen Augenblick an die zu durchsichtigen Zwecken erdichtete Fabel glaubten, die Mission der Heimatfront bestehe darin, die Abkehr der ehemaligen Hakenkreuzbekenner zu demokratischer Gesinnung zu bewirken; blind, weil sie nicht das geringste aus dem Schicksal vom Fascismus aufgefressener bürgerlicher Parteien lernen wollten und darauf vertrauten, die Zugkraft, welche die SHF zeigte, sich selber dienstbar machen zu können, wobei auch die Hoffnung, es werde gelingen, die verhaßte deutsche Sozialdemokratie von der SHF vertilgen zu lassen, eine bedeutsame Rolle spielte. Dem schwersten Irrtum verfielen jene, die nur Henlein sahen und nicht die Kräfte, die den Turnlehrer auf den Schild erhoben hatten, doch dabei selber aus wohlverstandenen Rücksichten im Hintergrunde verborgen blieben. Die Auguren der bürgerlichen Parteien sahen in Henlein den „naiven Mann", der recht gut dazu zu brauchen sein werde, ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen, aber Henlein, der wirklich niemals mehr als ein Turnlehrer war, der an sein Konzept gebun-

den außerstande ist, eine eigene freie Rede zu halten, war eben nur die in die Auslage des neuen politischen Geschäftes gestellte Reklamefigur, der von dem um ihn gewobenen Führerschein umwoben, Kundschaft anlocken sollte, während im Laden drinnen ganz andere Herrschaften anordneten.

Die Enttäuschung konnte weder auf deutscher wie auf tschechischer Seite ausbleiben. Die einen mußten erkennen, daß die SHF nicht im geringsten daran denke, ihre fascistischen Totalitätsansprüche aufzugeben. Die Bürgschaft, welche der B. d. L. über ein Jahr lang für die Henleinfront leistete, lohnte diese damit, daß sie die Organisationen des Bundes mit SHF-Zellen verseuchte und schließlich, als ihrer Forderung, den B. d. L. in der Heimatfront aufgehen zu lassen, nicht gutwillig entsprochen wurde, mit Hilfe ihrer im B. d. L. tätigen Wühlmäuse dessen Fundamente zu erschüttern suchte. Ob den Landbündlern die Besinnung nicht zu spät gekommen ist, wird wohl schon die nächste Zukunft lehren. Auch auf tschechischer Seite sind die Erkenntnisse über das wahre Wesen der SHF spät gereift. Erst mußten die tschechischen Bewohner der deutschen Grenzgebiete an ihre politischen Parteien die ernstesten Mahn- und Warnungsrufe ergehen lassen, ehe man darauf kam, daß es mit der Erziehung des Henleinanhanges zum „Stehen auf dem Boden des Staates" Essig sei und daß sich die Henleinpartei von den früheren offenen hakenkreuzlerischen Gebilden nur durch ihre noch stärkere Aggressivität und Dreistigkeit unterscheide.

Es hat ein Jahr gedauert, ehe in den Auffassungen über die SHF jene entschiedene Wandlung eingetreten ist, daß man nun die Frage erörtert, ob man die SHF gottergeben hinnehmen oder sie den aufgelösten Hakenkreuzparteien in den Orkus nachsenden soll. Wie es heißt, hat die SHF für jeden Fall ihren nach Millionen zählenden Wahlfonds in Sicherheit gebracht, aber im übrigen fühlt sie sich sicher und nimmt das „Auflösungsgerede" nicht ernst. Sie stützt sich dabei auf die von ihren bisherigen Partnern verübten Fehler und als stärksten Trumpf hat sie das Argument, die Regierung könne und dürfe sie nicht als eine unzuverlässige und gefährliche Partei auflösen, da doch noch kürzlich verbürgt staatserhaltende Politiker bereit waren, mit ihr engste Wahlbündnisse abzuschließen. Es bleibt abzuwarten, ob sich die maßgebenden Faktoren von der Sentimentalität werden leiten lassen, an welche die SHF so eifrig appelliert, fest steht, daß diese selben Faktoren bisher herzlich wenig getan haben, um die Positionen des Aktivismus zu festigen, vielleicht bringen sie jetzt auch noch den Ehrgeiz auf, dem deutschen Aktivismus, auf dessen neuerliche Mitarbeit nach den Wahlen sie angeblich Wert legen, endgültig das Grab zu schaufeln. Mit aller Deutlichkeit sei gesagt: wir werden in jedem Falle den Kampf gegen den Henleinspuk zu führen wissen und unser Schicksal hängt nicht von der Frage ab, was mit der Henleinfront geschieht, weit mehr ist schon das Staatsinteresse damit verknüpft und auch das Problem, wie in dieser wildgährenden Zeit die Grundlagen einer ruhigen Entwicklung bewahrt werden können. Und so erübrigt nur die Feststellung: die Gestaltung der künftigen politischen Verhältnisse im Staate muß noch mehr die Hauptsorge anderer Faktoren sein als die unsere!

Die Sanierungsvorlage

in ihrer endgültigen Form

Prag. Die Vorlage über die Sanierung der Selbstverwaltungskörper erhielt am Dienstag im Koalitionssubkomitee die endgültige Form und wurde dann vom Budgetausschuß genehmigt; sie wird in der nächsten Plenarsitzung am Donnerstag aufgelegt werden. Die Vorlage stellt zweifellos einen bedeutenden Fortschritt dar: Es ist in ganz Europa das erstemal, daß ein Staat an das Problem der Sanierung der langfristigen Selbstverwaltungsdarlehen herangeht. Ueber die Aenderungen erfahren wir:

Zuschläge unverändert

An der Höhe der Zuschläge im Artikel I hat der Ausschuß nichts geändert. Die neuen Zuschläge zur Zinssteuer werden jedoch erst ab 1936 gelten. Ganz gestrichen wird der Artikel IV, wornach die Gemeinden und Bezirke für das laufende Jahr höhere Zulagen hätten einheben können, auch wenn ihr Budget für 1935 schon bewilligt war. Das heißt, daß die Voranschläge für 1935 unverändert in Kraft bleiben und die Aenderungen praktisch erst ab 1936 sich auswirken werden.

Neu ist im Artikel I der Zusatz zu § 10, daß die Regierung über Antrag des Innen- und Finanzministers bis Ende 1939 den Anteil nach Abs. 6a (35 Prozent der überwiesenen Umsatz- und Luxussteuer) ganz oder teilweise dem Landesausschuß zur Bedeckung der Zinsen und Amortisation der Bezirks- und Gemeindeschulden überlassen kann. (Nach der Regierungsvorlage sollten die 35 Prozent dem Hilfsfonds zufallen.)

Im § 20 wird ergänzend festgestellt, daß Darlehen auch aufgenommen werden können für Investitionen, die im Rahmen der produktiven Arbeitslosenfürsorge durchgeführt werden, sowie zum Ausgleich der vor dem 1. Jänner 1935 fälligen Annuitäten. Diese Formulierung geht auf einen Antrag unserer Partei zurück.

Verpflegskostenfünftel entfällt

Neu geregelt wird auch das sogenannte Verpflegskostenfünftel: Während die Gemeinden bisher ein Fünftel der uneinbringlichen Verpflegskosten in den Krankenhäusern für ihre Angehörigen tragen mußten (der Regierungsentwurf wollte dies lediglich auf vier Wochen einschränken), wird jetzt bestimmt, daß diese Verpflichtung der Gemeinden mit Ende 1935 überhaupt erlischt. Dafür erhält der Landesausschuß in Böhmen ab 1936 jährlich 6 und in Mähren 2,8 Millionen aus den Zuteilungen an die Gemeinden als Ersatz für die uneinbringlichen Verpflegskosten. In der Slowakei und Karpathorußland, wo das Krankenhauswesen verstaatlicht ist, führt der Landesausschuß aus diesen Zuteilungen jährlich 2,3, bzw. 0,45 Millionen an den Staat ab. Damit sind besonders kleinere Gemeinden, die arme Gemeindeangehörige in Irrenanstalten oder Krankenhäusern hatten, von einer drückenden Sorge befreit!

Revision

Im Artikel II (Beaufsichtigung der Gemeinden und Bezirke) wird festgesetzt, daß schon Orte mit mehr als 3000 Einwohnern (im Regierungsentwurf 5000) der Aufsicht, bzw. Revision durch den Landesausschuß unterliegen. Die Instruktionen für die Durchführung von Ueberprüfungen (Revisionen) erlassen die Landesausschüsse. Es bleibt bei der Berechtigung des Landesausschusses, nach Anhörung des Bezirkes (der Gemeinde) Maßnahmen zur Beseitigung von Anständen vom Standpunkt der zweckmäßigen Gebarung anzuordnen. Nach einer Erklärung des Innenministers denkt man mit dieser Maßnahme keineswegs an eine allgemeine Herabsetzung der Gehälter oder an eine allgemeine Verschlechterung der sozialen Verhältnisse der Angestellten der Selbstverwaltung. — Aus dem Regierungsentwurf wurde überdies der Nachsatz gestrichen, wornach dies „insbesondere auch zum Zwecke der Verbesserung des Betriebes der Unternehmungen nach der ökonomischen Seite" der Fall hätte sein können. Jenen Bezirken und Gemeinden, die diese Weisungen nicht fristgerecht durchführen, kann der Landes(Bezirks)-Ausschuß nur die Landeszuschüsse sperren; die staatlichen Zuteilungen können nur die Ministerien für Inneres und Finanzen auf Antrag des Landesausschusses zurückhalten.

Schuldenregelung

Der vielumkämpfte Artikel III, der den Anspruch auf die Schuldenregelung und deren technische Durchführung regelt, bleibt im § 1 bis auf eine stilistische Aenderung gleich; der zweite Absatz des § 2 dagegen wird neu formuliert:

„Schulden aus Darlehen, welche die territorialen Selbstverwaltungsverbände nach dem 1. Jänner 1935 abgeschlossen haben, dürfen nur geregelt werden, wenn diese Darlehen zur Ausgleichung der den Gläubigeranstalten geschuldeten Annuitäten bis zur Höhe dieser Annuitäten mit Zubehör abgeschlossen wurden, unter der Voraussetzung, daß die Annuitäten in der Zeit vor dem 1. Jänner 1935 fällig waren und aus Darlehen stammten, die auch sonst den Bestimmungen des Abs. 1 entsprachen. Die Gläubigeranstalten können in diesem Falle nur dann um Schuldenregelung ansuchen, wenn sie auf die Ausgleichung solcher Annuitäten durch ihre Umwandlung in ein Darlehen eingeht."

Im Absatz 3 wird die Ermächtigung, ausnahmsweise auch Schulden aus Darlehen zu regeln, die nicht den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entsprechen, falls die Regelung dieser Schulden zum Ausgleich der finanziellen Verhältnisse der Bezirke (Gemeinden) unumgänglich notwendig ist, auch auf jene Gemeinden und Bezirke ausgedehnt, die zwar nicht im Sinne des § 1, Abs. 1, „finanziell schwach" sind, „deren finanzieller Stand jedoch infolge außerordentlicher lokaler Wirtschaftsverhältnisse äußerst gefährdet ist."

Die Aufteilung der zur Durchführung der Sanierung erforderlichen 202 Millionen auf die einzelnen Länder bleibt unverändert. Neu ist die Bestimmung, daß zu den Sitzungen des Kuratoriums nach Bedarf auch Vertreter der Gläubigeranstalten, die von der Regierung zu ernennen sind, mit beratender Stimme herangezogen werden können. Der Ausgleich von Schulden durch Barzahlung wird auf „kleinere" Schulden eingeschränkt. Endlich wird noch bestimmt, daß das Kuratorium dem Landesausschuß einen Bericht über die Durchführung der Schuldenregelung und darüber zu erstatten hat, ob und in welcher Höhe es den Beitrag an den Hilfsfonds nach § 9 festgesetzt hat.

Ab 1. Jänner 1936

Die Bestimmungen betreffend die Aufsicht über die Wirtschaftsgebarung der Bezirke und Gemeinden und betreffend den Einwand der Ungültigkeit des Beschlusses einer Vertretung, falls eine formal ungenügende Schuldverschreibung ausgestellt wurde, sowie die Bestimmungen über die Einhebung höherer Zuschläge werden mit dem Tage der Verlautbarung des Gesetzes wirksam. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes erlangen Wirksamkeit mit 1. Jänner 1936 mit der Abweichung, daß Maßnahmen, welche zur rechtzeitigen Durchführung schon vorher erforderlich sind, vom Tage der Verlautbarung an getroffen werden können.

Emigration und Asylrecht

Aus der Rede des Genossen Dr. Holitscher zum Ausländergesetz

Prag. Genosse Dr. Holitscher sprach am Dienstag im Senat zum Ausländergesetz. Wir veröffentlichen nachfolgend einen Auszug aus seiner Rede, aus der hervorgeht, daß wir dem Staat keineswegs das Recht der Kontrolle über die Ausländer innerhalb unseres Staatsgebietes absprechen wollen, andererseits uns aber nachdrücklich auf die Erklärung des Innenministers berufen müssen, daß das Asylrecht gewahrt und nicht mißbraucht werden wird.

Während es in früheren Zeiten der Stolz aller demokratisch regierten Staaten war, Ausländern, die aus politischen Gründen ihr Vaterland verlassen mußten, Asyl zu gewähren, ist das jetzt anders geworden. Genau so, wie sich die Staaten auf dem Gebiet der Wirtschaft abschließen, suchen sie sich auch auf jede mögliche Weise vor dem Zuzug von Ausländern zu schützen. Gegen diesen Wahnsinn anzukämpfen ist vergeblich.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten so manches erlebt, was uns die Notwendigkeit einer Evidenz der Ausländer gezeigt hat. Ich erinnere an den Mord an Ing. Kormis bei uns und an die Entführung des Journalisten Jacob aus der Schweiz. Wenn wir vergleichen, mit welchem Nachdruck und Ernst sich die Schweiz gegen diesen Eingriff in ihre Hoheitsrechte zur Wehr gesetzt hat, so müssen wir leider feststellen, daß die Tschechoslowakei eine solche Energie vermissen ließ.

Minister Dr. Černý hat öffentlich erklärt, daß das Asylrecht gewahrt werden wird. Wir berufen uns darauf und werden dagegen protestieren, falls ein Gendarmeriekommandant oder eine andere Amtsperson, die sich, wie auf gut Deutsch sagt, „ein schönes Bilderl einlegen will", Uebergriffe begehen und die Fremden sekkieren und schikanieren oder von ihnen mehr verlangen sollte, als im Gesetz vorgeschrieben ist.

Es handelt sich beim Problem der Emigration vielfach nicht um politische Fragen, sondern um den Arbeitsplatz. Ich verstehe vollkommen, daß man trachtet, den Arbeitsplatz in erster Linie den eigenen Staatsbürgern vorzubehalten, aber vergessen wir nicht die Gefahr der Reppressalien. Wir haben bei uns 45.000 Reichsdeutsche, die hier in Arbeit stehen, aber es gibt 280.000 tschechoslowakische Staatsbürger, die in Deutschland beschäftigt sind. Oesterreicher leben 30.000 bis 40.000 bei uns, die Zahl der tschechoslowakischen Staatsbürger in Oesterreich jedoch beträgt 180.000.

Wir begreifen, daß die Regierung es für notwendig hält, die hier anwesenden Fremden in Evidenz zu führen, daß sie sich erkundigt, was sie hier machen, was für eine Propaganda sie entfalten, ob im Interesse der Republik und Demokratie oder nicht, und wir wünschen, daß sie sich gegen alle wende, die fascistische Methoden unterstützen und Arbeit für diejenigen Regierungen leisten, die gegen die Demokratie und gegen unseren Staat eingestellt sind. Wir bitten aber, daß das Gesetz in einem demokratischen, kulturellen und zivilisatorischen Sinne durchgeführt werde und keine Verfolgungen für jene bedauernswerten Menschen nach sich ziehe, die genötigt waren, ihr Vaterland zu verlassen, und damit gerechnet haben, in dieser demokratischen Republik, an deren Spitze ein Masaryk steht, ein Asyl zu finden. (Beifall.)

42

Die Brücke nach Ypsilon

Roman von Fritz Rosenfeld

Die Geldscheine lagen auf dem Schanktisch, und Jakob Halling schwieg. Marinka betrachtete sie und wagte es nicht, sie zu befühlen. Er schob sie ihr zu, da holte sie eine kleine Ledertasche aus der Lade, faltete jeden Schein, barg ihn sorglich in den leeren Fächern und schloß die Lade zu. Mit einer Geste, deren Sinn sie selbst nicht begriff, legte sie den Schlüssel auf den Tisch. Da, es gehört nicht mir, mag kommen wer will und die Lade aufsperren und sich das Geld nehmen.

„Der Zug fährt bald, Marinka," sagte Halling, und wußte nicht, was er weiter sagen sollte. Da stand er, ein alter Mann, grauhaarig, und erfahren im Umgang mit den Menschen, und war schüchtern wie ein Kind bei seinem ersten Schulweg.

„Ja, der Zug fährt," sagte Marinka.

„Ich werde einsteigen müssen, sonst bekomme ich keinen Platz mehr."

„Es sind nur zwei Wagen, sie müssen einsteigen, sonst ist kein Platz mehr frei."

Er gab ihr die Hand, sie legte ihre kleinen, dünnen Finger hinein, und das billige Ringlein blitzte mit dem gläsernen Stein.

„Ich werde dich nicht wiedersehen, Marinka."

„Wir werden uns nicht wiedersehen."

„Ich werde nicht vergessen, dir einen Brief zu schreiben, wenn ich in Ypsilon angekommen bin."

„Einen langen Brief, und dann immer wieder einen Brief — jeden Monat."

„Jeden Monat oder auch öfter. Immer, wenn ich etwas zu sagen habe, das ich keinem Menschen sagen kann außer dir."

Schweigen.

„Du wirst mir antworten, auf jeden Brief?"

„Ich schreibe nicht schön, Herr, meine Schrift ist schwer zu lesen."

„Ich werde sie entziffern, Marinka. Und willst du mich nicht einmal besuchen?"

„Ist es sehr weit?"

„Nicht sehr — ein paar Stunden mit der Bahn, dann eine Stunde mit dem Autobus, tief in den Wäldern, ein kleines Städtchen, und ein kleines Haus in einer engen Straße. Dort werde ich wohnen."

„Vielleicht besuche ich sie. Aber dann schreibe ich nicht, daß ich kommen werde. Ich klopfe eines Tages an ihre Tür, sie machen auf, und ich stehe da. Ist das nicht viel schöner?"

„Es ist viel schöner, Marinka, du hast recht."

Sie zog ihre dünnen, kleinen Finger aus seiner Hand. Das billige Steinchen glitzerte und sprühte.

„Leb wohl, Marinka."

„Gute Reise, Herr."

Der Kellner schleppte Hallings Koffer. Marinka trug eine Wolldecke, die er aus dem Coupé geholt hatte, bei Anbruch der Nacht. Sie reichte sie durchs Fenster in sein Abteil.

„Wenn der Zug abfährt —"

„— dann komme ich heraus und winke und sehe ihnen nach, solange man den Zug sehen kann."

Der Heizer stand da, breitspurig, die Pfeife im Mund.

„Du hast heute gute Geschäfte gemacht, Marinka. Du hast Geld in der Kasse. Was kaufst du dir dafür?"

„Ich weiß es nicht."

„Eine neue Bluse?"

Sie schüttelte den Kopf.

„Einen goldenen Ring?"

Sie schüttelte den Kopf.

„Nichts. Gar nichts. Nichts kaufe ich mir."

Sie sah zu Halling zurück, in ihren blauen, hellen Augen blitzte ein Lachen auf; dann sagte sie zu dem Heizer:

„Ich muß jetzt sparen. Ich muß jetzt alles Geld zusammensparen —".

Und dann lief sie an ihren Schanktisch und klapperte mit den Gläsern und rüttelte an den Tassen und ließ die Messer und Gabel klirren, als wollte sie eine Stimme übertönen, die wuchtig und schwer wie das Brausen einer Orgel aus ihrem Herzen heranschwoll und in ihr Blut klang und ihren Körper erfüllte in allen Fasern und allen Fugen. Und als der Kellner ihr Worte zurief, und als der Stationsvorstand kam und eine Flasche Bier verlangte und als der Postbote seinen Branntwein haben wollte — da mußten sie ganz laut brüllen, dreimal, bis Marinka sie hörte.

XVII.

Cabrolle strich um Kilmek wie ein Raubtier um seine Beute. Er belauerte jeden Griff, jeden Schritt. Nun öffnete Kilmek den Koffer, nun steckte er den Rasierapparat in die Handtasche, nun rollte er sein Handtuch zusammen, nun schob er die Bürste unter die Kleider. Kilmek fühlte die Blicke Cabrolles auf sich brennen; er wußte, was Cabrolle wollte, und er wich ihm nicht aus. Aber Cabrolle sollte beginnen, er sollte angreifen, vielleicht gab er sich beim Angriff eine Schwäche, die Kilmeks Chancen verbesserte.

Der Kofferdeckel klappte zu. Kilmek schob die Riemen durch die Schnalle, zog mit aller Kraft an. Das Blut schoß ihm in den Kopf. Er setzte sich auf den Koffer, atmete schnell und tief. Da sprang Cabrolle ihn an.

„Herr Kilmek —"

Kilmek sah nicht auf, er ordnete seine Krawatte, die Knöpfe seiner Weste.

„Herr Kilmek, das Spiel gestern — wir waren beide von Sinnen —"

Kilmek antwortete nicht, es war, als spräche Cabrolle zu einem Tauben.

„Es kann doch nicht gelten."

Fest und ehern klammerte sich der Blick Cabrolles an Kilmeks rotes, stumpfes, schweigendes Gesicht.

„Es kann doch nicht gelten, sonst bin ich ruiniert, ein Bettler."

Keine Antwort.

„So sagen Sie doch, daß es nur ein Scherz war, daß wir beide zu viel getrunken hatten, daß Sie mich zum Narren halten wollten —"

Kilmek stellte den Fuß auf den Koffer, zog den Schnürsenkel an seinem rechten Schuh fester an.

„Ich bitte Sie — quälen Sie mich nicht — sagen Sie, daß es nicht gilt, und geben sie mir das Geld zurück, und die Wechsel —"

„Ich habe Ihnen gar nichts zu sagen."

Cabrolle wischte mit dem Tuch über die Stirn. Er riß mit der Hand den Kragen auf, die Krawatte hing lose herab.

„Ich hab doch nicht um so hohe Einsätze spielen wollen —"

„Sie haben gespielt, und ich habe gewonnen."

„Wir haben gespielt, um uns die Zeit zu vertreiben. Wir haben gespielt, weil wir beide Angst hatten —"

„Ich hatte keine Angst. Mir konnte niemand etwas rauben."

Cabrolle faßte Kilmek am Aufschlag des Rockes.

„Ich bitte sie, Kilmek, geben sie mir das Geld und die Wechsel zurück. Ich will ihnen ja einen Teil schenken —"

„Schenken? Das Geld gehört mir."

Cabrolle stampfte mit dem Fuß auf, drehte sich im Kreis, die Augen glühend vor Wut:

„Nein, es gehört nicht ihnen, es gehört mir. Sie haben es mir weggenommen, sie haben mich übertölpelt, ich bin ihnen auf den Leim gegangen, sie haben mich betrogen —"

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Das rote Landvolk steht treu zur Partei

Reichskonferenz der Kleinbauern und Häusler

Der Zentralverband der deutschen Kleinbauern und Häusler hat für Mittwoch nach Prag eine Reichskonferenz einberufen, die unter reger Anteilnahme der Vertrauensmänner stattfand. Es waren die Bezirksverbände des Böhmerwaldes, des Egerlandes, Nord- und Ostböhmens, sowie Süd- und Nordmährens vertreten.

Den organisatorischen Bericht erstattete Verbandssekretär Genosse Schmidt. Wie er in seinem sachkundigen Referate darlegte, hat die fünfjährige Wirtschaftskrise die kleinen Existenzen auf dem Dorfe besonders hart betroffen.

Leider hat die offizielle Agrarpolitik diesem Notstand nur in unzureichendem Maße Rechnung getragen.

Besonders die Futtermittelfrage ist nach der vorjährigen Mißernte für die Kleinlandwirte und Häusler sehr kritisch. Eine Anregung der deutschen sozialdemokratischen Parlamentarier, dieser Bedrängnis durch eine außerordentliche Futtermittelaktion zu steuern, ist bisher vom Landwirtschaftsministerium nicht positiv erledigt worden. Der Zentralverband hat jede Gelegenheit benützt, die Forderungen seiner Mitglieder den maßgebenden Stellen zur Kenntnis zu bringen. Die in Aussicht gestellte Schaffung demokratischer Landwirtschaftskammern wird zeigen, ob der ernstliche Wille besteht, den berechtigten Wünschen der kleinbäuerlichen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Das Getreidemonopol war ein Anfang, die wichtigsten Fragen der Agrarpolitik im gerechten Einvernehmen zwischen den landwirtschaftlichen Produzenten und Konsumenten zu lösen. Die deutschen Kleinbauern und Häusler sind bereit, an der Beseitigung der noch bestehenden Mängel mitzuwirken und am Werk der Planwirtschaft mitzuschaffen, fordern aber dabei Berücksichtigung ihrer besonderen Interessen. Der Stand der Bewegung ist gut.

Bis in die letzte Zeit konnten neue Ortsgruppen gegründet werden, auch in Orten, wo der Bund der Landwirte vor der Henleinfront kapituliert hat.

Die in den letzten Monaten vom Zentralverband veranstalteten Landvolkskundgebungen erfreuten sich eines massenhaften Zuspruches, ein Zeichen, daß der demokratische und soziale Geist auch in der deutschen Landbevölkerung noch lebendig ist und nach Ausdruck verlangt.

An das organisatorische Referat schloß sich eine kurze Debatte, in welcher ein südmährischer Vertrauensmann hervorhob, daß durch die, wenn auch unzureichende, Pachtzinsregelung in einer einzigen Gemeinde den Kleinpächtern 20.000 Kč erspart worden sind.

Nach der Mittagspause erstattete Abgeordneter Genosse Jaksch ein Referat über die Kleinbauernbewegung im Wahlkampf. Er zeigte den Weg, wie auch das kleine Landvolk an dem geschichtlichen Kampfe um Frieden und Freiheit teilnehmen kann.

Im kommenden Wahlkampfe geht es um die Erhaltung der demokratischen Basis für die planwirtschaftliche Neugestaltung des Staates.

In der Agrarpolitik gilt es das soziale Prinzip mehr in den Vordergrund zu bringen. Redner befürwortete auch eine Aktion zur Festigung der kleinbäuerlichen Betriebe, die schon seinerzeit vom Genossen Schweichhart angeregte Errichtung von Düngerstätten, Gülleanlagen und Futtersilos mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Auch bei den Fürsorgeaktionen für Arbeitslose dürfen die landwirtschaftlichen Doppelexistenzen nicht stiefmütterlich behandelt werden. Sollen die in dieser Richtung bereits eingeleiteten Schritte zum Ziele führen, dann müssen sie die tatkräftige Unterstützung der betroffenen Schichten finden.

Die Landbevölkerung darf nicht zum Spielball politischer Hakardeure werden, die auf Krieg und Katastrophe spekulieren.

Sie muß ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Die Herrchen, die die Volksgemeinschaft predigen, sollen sich selber dem Volke anschließen. Bei den kommenden Entscheidungen geht es nicht um Stimmen und Mandate, sondern um die Voraussetzungen des Sieges von Freiheit und Sozialismus. Kommen wir an den drohenden Katastrophen vorbei, dann wird die Zukunft Europas im Zeichen einer verheißungsvollen Entwicklung stehen, die sich heute schon in den nordischen Ländern ankündigt und die in wenigen Monaten einen großen Sieg der englischen Arbeiterpartei erhoffen läßt.

Während der Ausführungen des Genossen Jaksch trafen die Genossen Dr. Czech und Taub, beide stürmisch begrüßt, in der Reichskonferenz ein und wohnten einem Abschnitt ihrer Verhandlungen bei. Einige herzliche Worte der Anerkennung und Ermunterung, die Genosse Dr. Czech an die Delegierten richtete, wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die anschließende reichhaltige Debatte legte Zeugnis von dem unerschütterten Kampfeswillen der deutschen Kleinbauernbewegung ab und von ihrer treuen Verbundenheit mit den Ideen des Sozialismus. Abgeordneter Genosse Schweichhart rief mit anfeuernden Worten zu einer großen sozialistischen Offensive in den Dörfern gegen Nationalismus und Fascismus auf. Die abwechselnd von den Genossen Zenker und Rupprecht geleitete Tagung, der auch ein herzliches Begrüßungsschreiben des erkrankten Genossen Leibl vorlag, wurde nach fünfstündigen Beratungen geschlossen.

Für die sozialen Forderungen des kleinen Landvolkes

Eine Vorsprache beim Fürsorgeminister Dr. Meißner

Mittwoch vormittags sprach unter der Führung des Abg. Genossen Jaksch eine aus den Genossen Perthen, Zenker und Rupprecht bestehende Delegation des Vollzugsausschusses der deutschen Kleinbauern und Häusler beim Minister für soziale Fürsorge Dr. Meißner vor. Dem Minister wurde vor allem der Wunsch unterbreitet, daß die Arbeiten für die Aktivierung der Sozialversicherung der Selbständigen mit aller Beschleunigung durchgeführt werden mögen. Aus der Antwort des Ministers ging hervor, daß er in seinem Amtsbereich bereits alle Vorkehrungen getroffen hat, um die Angelegenheit wieder in Fluß zu bringen. Sobald die entsprechenden Vorschläge des Handelsministeriums vorliegen, wird ein Beratungsausschuß zur Abänderung und Ergänzung des seinerzeit beschlossenen Gesetzes entsprechend den neuen Erfordernissen eingesetzt werden. Des weiteren brachte die Delegation die Benachteiligung der kleinen ländlichen Existenzen im Rahmen der Arbeitslosenfürsorge zur Sprache und ersuchte um Abhilfe. Es wurde zu diesem Gegenstande vereinbart, daß demnächst im Fürsorgeministerium eine Beratung unter Zuziehung der kleinbäuerlichen Organisationen und der beteiligten Gewerkschaften stattfindet, die sich sowohl mit der Abgrenzungsfrage beim Genter System als auch bei der Ernährungsaktion und bei der Aufnahme zu den Notstandsarbeiten befassen wird.

Die Brüxer Polizei verstaatlicht

Der Regierungskommissär Dr. Pfleger hielt mit dem städtischen Beirat am Dienstag nachmittags eine Sitzung ab, in welcher über die Verstaatlichung der städtischen Polizei beschlossen werden sollte. Von deutscher Seite wurde der Antrag gestellt, erst beim Innenministerium anzufragen wegen der Uebernahme der Organe der jetzigen Sicherheitswache und wegen eventueller Zulänglichkeit der Lokalitäten, bevor man einen Beschluß fasse. Dr. Pfleger wies aber darauf hin, daß die Beschlußfassung wegen der Verstaatlichung sehr dringend sei und keinen Aufschub erleiden kann. Der deutsche Antrag wurde von ihm abgewiesen. In der nachfolgenden Abstimmung wurde der Antrag auf Verstaatlichung der Polizei in Brüx durch die tschechischen Vertreter des Beirates angenommen. Die Deutschen verließen vor der Abstimmung den Sitzungssaal. Schon in allernächster Zeit wird eine Kommission aus Prag in Brüx eintreffen, die sich mit der Unterbringung der Staatspolizei und der Uebernahme der bisherigen Sicherheitsorgane befassen wird. Die Verstaatlichung, die außer der Stadt Brüx auch die benachbarten Gemeinden Kopitz und Tschausch umfaßt, wird bestimmt noch im Laufe des Sommers d. J. erfolgen.

Vom Starkstrom getötet. Am Kohinoorschachte in Bruch war der 27jährige Elektrotechniker Rudolf Pietsch bei der Schaltanlage beschäftigt. Plötzlich geriet er mit der 2000 Volt starken Leitung in Berührung und stürzte tot zu Boden. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos, der herbeigerufene Arzt konnte nur mehr den eingetretenen Tod feststellen.

Verstaatlichung des Zuckerhandels

Ein Antrag der tschechischen Genossen

Die tschechischen Sozialdemokraten haben im Parlament den Antrag auf Verstaatlichung des Zuckerhandels überreicht. Die Antragsteller verlangen, daß die Regierung sofort geeignete Maßnahmen zur Herabsetzung des Zuckerpreises ergreife, was am besten durch Verstaatlichung des En gros-Handels mit Zucker erreicht werden könne. Der Detailhandel soll seine bisherige Form beibehalten. Die Verstaatlichung des Großhandels mit Zucker soll die Aufrechterhaltung des unangemessen hohen Zuckerpreises sowie die Spekulationen auf dem Inlands- wie auf den ausländischen Märkten und den Mißbrauch der bisherigen Begünstigungen hinsichtlich der Zölle und Verkehrstarife verhindern, welche die Zuckerfabriken bisher auf Kosten der Staatskasse genießen. Die Regierung wird aufgefordert, ein Gesetz vorzubereiten, das den Preis der Zuckerrübe und des Rohzuckers derart regelt, daß die Zuckerfabriken nicht mehr als sechs Prozent des investierten Kapitals in Form von Dividenden und Tantiemen verteilen dürfen, solange nicht den Rübenbauern die Rentabilität der Rübenpreise verbürgt ist. Darüber sollen die Verbände der Rübenbauern und der Konsumenten unter Aufsicht des Landwirtschaftsministeriums wachen. Ferner wird empfohlen, die Kontingente der Zuckerfabriken derart zu regeln, daß die Rübe aus dem nächstliegenden Gebiet entnommen wird, wobei namentlich die kleinen Rübenbauern (bis zur 300 Zentner Rübe) besonders geschützt werden sollen.

Fünf Milliarden-Umsatz beim Getreidemonopol. Aus einem Vortrag, den der Präsident der Getreidemonopolgesellschaft Dr. Feierabend in Brünn gehalten hat, geht hervor, daß die Getreidegesellschaft etwa 175.000 Waggons Getreide erfaßt hat. Etwa 25.000 Waggons entgingen dem Zugriff der Gesellschaft, weil das Monopol erst eingeführt wurde, als in der Slowakei der Schnitt schon teilweise beendet war. Der Geldumsatz der Getreidegesellschaft erreichte fünf Milliarden Kč. In den Lagerhäusern sind noch etwa 55.000 Waggons Getreide im Werte von 600 Millionen vorhanden. Diese Vorräte dürften sich nicht mehr vermehren. Die Einlagerung und der Zinsenverlust erfordern einen Aufwand von etwa 22 Millionen. Obwohl man Ermäßigungen an die Malzfabriken im Betrage von 31 Millionen, Ausfuhrprämien für Gerste im Betrage von 20 Millionen und Nachlässe für die Haferhilfsaktion im Betrage von sechs Millionen gewährt hat, ist die Getreidegesellschaft aktiv. Die verhängten Geldstrafen erreichen einen Betrag von eineinhalb Millionen.

Der Landesausschuß für Böhmen erledigte in seiner am 27. d. M. abgehaltenen Sitzung außer laufenden Angelegenheiten 270 Gemeindevoranschläge und bewilligte 275 Gemeinden die Einhebung verschiedener Gebühren und Abgaben. Der Landesausschuß wies schließlich an Landesunterstützungen für die Provinztheater in Böhmen für das Jahr 1935 einen Gesamtbetrag von 1,210.000 Kč an.

Senator Kapras verläßt die nationaldemokratische Partei. Das „Právo Lidu" meldet, daß der nationaldemokratische Senator Dr. Kapras im Begriff steht, seiner Partei den Rücken zu kehren. Er begründet seine Entscheidung mit der unmöglichen Politik der Nationaldemokratie gegenüber der „Nationalen Einigung". Kapras ist bekannt durch seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber der Person Stribrnys. Sein Charakter läßt es nicht zu, weiter in einer Partei zu arbeiten, welche die Grundsätze des Kampfes gegen die Korruption verlassen und sich mit Stribrny verbündet hat. Am 14. April soll die gemeinsame Sitzung der Vollzugsausschüsse der Nationaldemokraten, der Stribrny-Liga und der Nationalen Front des Professors Mares zusammentreten, um die Konstituierung der „Nationalen Einigung" zu verkünden. Nach diesem offiziellen Zusammenschluß dürften noch weitere Politiker und Anhänger aus der nationaldemokratischen Partei austreten.

Tschechische Agrarier und Czech-Rede

Der „Venkov" registriert die Reden, welche am Sonntag die Minister Bechyně in Kremsier, Dr. Czech in Brüx und Franke in Pardubitz gehalten haben. Aus der Rede Czechs hebt das Blatt jene Stelle hervor, in der der Minister die Notwendigkeit der Umformung der industriellen Produktion betont hatte. Das Blatt bemerkt dazu, daß die Kundgebungen der drei Minister „sich mit dem decken, worum die republikanische Partei und ihre Presse schon seit Anfang der Wirtschaftskrise kämpfen: planmäßige Wirtschaft in Industrie und Landwirtschaft, neue Finanzpolitik, Demokratie durch Investitionsarbeiten gegen die Arbeitslosigkeit".

Prof. Dalton über internationale Politik

Professor Hugh Dalton, ehemaliger Unterstaatssekretär für Auswärtiges in der letzten Arbeiterregierung Großbritanniens und Mitglied des Exekutivausschusses der englischen Arbeiterpartei, der zu kürzerem Studienaufenthalt in der Tschechoslowakei eingetroffen ist, empfing im Hotel „Ambassador" die Vertreter der Presse.

Hugh Dalton hob eingangs hervor, er halte sich gerne in unserem Lande auf, das mit dem britischen Volke der gemeinsame Glaube an die Prin-

zipien der Menschheit, der Freiheit, des Friedens, der Demokratie und des ehrlichen Uebereinkommens mit allen Nationen verbinde.

Ueber die allgemeinen Prinzipien der Politik der heutigen Labour Party befragt, erklärte Professor Hugh Dalton eingangs, die britische Arbeiterpartei war und ist stets für eine Zusammenarbeit unter den Nationen und sie sei auch eine Anhängerin des Völkerbundes. Die Partei hasse den Krieg und glaube daran, daß es mit Hilfe des Völkerbundes möglich sein werde, eine günstige Atmosphäre für die internationale Abrüstung zu schaffen.

Da die langen Unterhandlungen der Abrüstungskonferenz ergebnislos geblieben sind, hob die Labour Party in ihrem im Vorjahre ausgearbeiteten Programme als eine unerläßliche Voraussetzung des Friedens die Notwendigkeit eines Systems der kollektiven Sicherheit hervor, die durch den Völkerbund organisiert wäre, und machte auf die Notwendigkeit aufmerksam, daß zum Zwecke der Erhaltung des Friedens an wirtschaftliche, finanzielle und gegebenenfalls auch militärische Maßnahmen gedacht werde, mit denen im gegebenen Falle gegen den Angreifer vorgegangen werden müßte.

Wenn auch in Genf einige Gelegenheiten versäumt wurden und trotzdem wir Zeugen der ansteigenden Rüstungen in den verschiedenen Staaten sind, gibt Professor Hugh Dalton nicht die Hoffnung auf, daß man eine breitangelegte internationale Konvention über die Rüstungsherabsetzung werde erreichen können und daß man zu einer systematischen internationalen Sicherheit gelangen wird.

*

Donnerstag trägt Dalton im Sozialinstitut über das Thema „Die soziale und Wirtschaftspolitik in Großbritannien" vor.

Mit niemandem einig

Pariser Blätter über Deutschlands Außenpolitik

Berlin. Die Berliner Korrespondenten der Pariser Blätter stimmen in der Anschauung überein, daß nach Beendigung der englisch-deutschen Unterredungen die Forderungen Hitlers in Rüstungsfragen und sein Widerstand gegenüber dem Ost- und dem Donaupakt mit dem französisch-englischen Programm vom 3. Feber unvereinbar sind.

Hitler soll gestern, dem „Petit Parisien" zufolge erklärt haben, daß der von ihm eingeführte obligatorische Militärdienst unberührt bleiben müsse. Er willigte nur zu einer eventuellen Aussprache über die Dauer dieses Dienstes und über den Effektivstand ein. Einer künftigen Vereinbarung über die Einschränkung der Rüstungen will Hitler nur unter zwei Bedingungen beipflichten: 1. daß Deutschland eine Parität zu Lande und in der Luft mit der stärksten Macht, nämlich Rußland, erlange; 2. daß Frankreich von einer militärischen Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten, namentlich mit Rußland und Italien, Abstand nimmt. „Petit Parisien" schließt sein Urteil folgendermaßen ab: „Hitler will, daß Deutschland das tatsächliche militärische Uebergewicht über die westeuropäischen Staaten, d. i. sowohl über Frankreich als auch über England und Italien, besitze.

Der Korrespondent des „Journal" überschreibt seinen Artikel: „Deutschland behauptet, daß es den Frieden wolle, ist aber mit niemandem über die Mittel der Verwirklichung desselben einig".

Van Zeeland
der neue belgische Ministerpräsident

Schweizer Sozialdemokratie gegen Krise

Bern. Der Schweizerische Nationalrat begann mit der Aussprache über den von den Kreisen der Linken eingebrachten Initiativantrag zur Bekämpfung der Krise. In dem Antrag wird gefordert, daß verfassungsmäßig der Kampf gegen die Lohnherabsetzung gesichert werde, daß ein Preisschutz gewährt, daß den überschuldeten gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmungen eine Entlastung zuteil werde, daß weiters eine ausreichende Arbeitslosenversicherung gebildet und die Kontrolle der Kartelle und Truste eingeführt werde.

Die Entführung Jacobs

Berner „Bund": „Rechtssicherheit aufs schwerste gefährdet"

Bern. In einem Kommentar zu der Entführung des deutschen emigrierten Journalisten Jacob heißt es im „Bund": Die unsauberen Mittel, mit denen deutsche Organisationen mißliebige, emigrierte Staatsangehörige in die Gewalt deutscher Behörden bringen, stellt eine Methode dar, die aufs schärfste zu verurteilen ist. Wir können als neutraler Staat, der das Asylrecht aufs höchste schätzt, nicht zugeben, daß unter irgendwelchen Vorwänden politisch Verfolgte in unser Land gelockt werden mit dem Zwecke, sie mit Gewalt aus unserem Territorium zu entführen. Die Schweiz ist ein Rechtsstaat und will es bleiben.

Es handelt sich nicht um eine Person, sondern um ein Prinzip. Wir haben im Falle Jacob das Gefühl gehabt, daß die Rechtssicherheit aufs schwerste gefährdet wird und damit die korrekten Beziehungen zwischen den beiden Ländern in Mitleidenschaft gezogen werden. Nicht nur wir, sondern die ganze Weltöffentlichkeit wird dadurch beunruhigt, daß die deutsche Regierung, wie in dem Falle Jacob, durch ihr Stillschweigen die rechtswidrigen Handlungen von reichsdeutschen Angehörigen offenbar billigt.

Aus der Vergangenheit Wesemanns

Basel. Die Schweizerische Depeschenagentur meldet: Wie man nunmehr erfährt, hat Dr. Wesemann bereits früher einen Entführungsversuch an Berthold Jacob unternommen, wobei er sich auch an den früheren status quo-Führer des Saargebietes Max Braun in der zweiten Hälfte November 1934 wandte. Dr. Wesemann erschien damals zusammen mit Berthold Jacob im Büro des Max Braun und erzählte von einer geheimnisvollen Angelegenheit, nämlich von Reichswehrmachenschaften im Saargebiet. Max Braun wollte sich mit Dr. Wesemann zum Direktor der Regierungskommission des Saargebietes Heimburger begeben, was jedoch von Wesemann mit einer merkwürdigen Begründung abgelehnt wurde. Wesemann erschien sodann einige Tage später allein und machte den Vorschlag, mit Max Braun zu einer Versammlung nach Neunweiler zu fahren. Bei dieser Gelegenheit fragte er auch Max Braun über alles Mögliche aus, so u. a., wo und wann die nächste Versammlung stattfindet, wo er Waffen aufbewahrt habe u. a. m.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Freitag

Prag, Sender 2.: 10.05 Deutsche Presse. 11.00 Schallplatten. 12.10 Das Bajo-Trio singt. 13.35 Arbeitsmarkt. 15.55 Konzert. 18.15 Deutsche Sendung: Sportvorschau. 18.40 Arbeitersendung: Aktuelle zehn Minuten. 18.50 Deutsche Presse. — Sender 3.: 14.20: Schallplatten. 15.00 Deutsche Sendung: Für die Frau. 18.00 Italienische Chansons. — **Brünn:** 12.10 Arbeitsmarkt und Sozialinformationen. 16.45 Tanzmusik. 18.15 Deutsche Sendung: Der gestohlene Raglan, grotesker Einakter. 21.40 Klavierkonzert. — **Mährisch-Ostrau:** 17.55 Deutsche Sendung: Urbanowitz: Verletzung durch Schußwaffen in Art und Bedeutung. — **Kaschau:** 17.00 Orchesterkonzert.

*

In der Prager deutschen Arbeitersendung hat die „Aktuellen zehn Minuten" am morgigen Freitag (18 Uhr 40) für den verhinderten Genossen Kreßl Genosse L. Goldschmidt übernommen.

Tagesneuigkeiten

Ein Gemeinde-Regierungskommissär ermordet

Die Täter Kommunisten?

Užhorod. (Tsch. P.-B.) Dienstag wurde in der Gemeinde Kanora im Bezirk Svalava in den späten Abendstunden durch einen Revolverschuß der 39jährige Regierungskommissär der Gemeinde Fedor Antonyn meuchlings erschossen. Die Gemeinde Kanora hatte eine durchwegs kommunistische Gemeindevertretung, die wegen Unfähigkeit aufgelöst werden mußte und vom Bezirksamt Svalava wurde am 30. August 1934 zum Vorsitzenden der Urbanialgemeinde der ruthenische Landwirt Fedor Antonyn eingesetzt, der sein Amt gut versah, in der Gemeinde die Ordnung wiederherstellen wollte und sich deshalb wahrscheinlich bei jemanden mißliebig gemacht hat. Antonyn war verheiratet und hatte sieben unversorgte Kinder. Die Gendarmerie von Volovec hielt zwei Kommunisten an, und zwar Ivan Galatič und Ivan Najfinc aus Kanora, die für die kritische Zeit ihr Alibi nicht nachweisen konnten. An den Tatort ist eine Fahndungspatrouille mit dem Kommandanten der Gendarmerieabteilung Major Duras abgegangen.

Tragische Heimfahrt

Gablonz. Bei Lomnic a. d. Popelka ereignete sich Mittwoch abends ein schweres Automobilunglück. Das mit den beiden Fleischern Anton Böm und Bohumil Janoušek aus Starkenbach und drei Landwirten besetzte Automobil des Autounternehmers Josef Bulušek stieß auf der Heimfahrt vom Jičiner Viehmarkt, die mehrmals zum Zwecke von Wirtshauszechereien unterbrochen wurde, bei Lomnitz in rasender Fahrt gegen eine Telegraphenstange, wobei das Automobil vollständig zertrümmert wurde. Der Landwirt Skalický aus Kunratice erlitt drei Rippenbrüche, einen Nasenbruch, einen Bruch des Schlüsselbeines, der Fleischer Böm trug Schnittwunden durch Glassplitter davon und der Lenker Bulušek wurde gleichfalls im Gesicht und an der Hand verletzt. Aus Verzweiflung über das durch seine Unvorsichtigkeit verschuldete Unglück wollte er sich im Walde erhängen. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus in Semil geschafft.

Die Einvernahme Prof. Schloffers

Nach Zeitungsmeldungen wurde die Einvernahme des Vorstandes der chirurgischen Klinik Prof. Schloffer und seines Assistenten Doktor Wenzel wegen der Vorgänge, die zum Selbstmord Dr. Gachs geführt haben, auf Dienstag, den 2. April, angesetzt, bis zu welchem Tage alle Akten beim Untersuchungsrichter Dr. Prusa eingelangt sein werden. Für denselben Tag sind auch die Zeugen vorgeladen worden.

Den Geliebten umgebracht

Der Mord an dem Egerländer Pohl

Steyr. Die 26jährige Kleinhäuslerstochter Therese Mösslinger aus Sierning bei Steyr, die unter dem Verdachte verhaftet wurde, vor zwei Jahren ihren damaligen Geliebten, den 28jährigen Eisendreher Karl Pohl, einen Egerländer, ermordet zu haben, hat ein Geständnis abgelegt. Auch die Mutter, die 54jährige Antonie Mösslinger, hat bereits gestanden. Die Tochter gab zu, den Geliebten, dessen sie überdrüssig geworden sei, ermordet zu haben und die Leiche mit Hilfe ihrer Mutter beseitigt zu haben. Mit einem Beil trennten die Frauen der Leiche zuerst den Kopf vom Rumpf ab. Den Kopf verbrannten sie im Küchenherd, den Rumpf der Leiche vergruben sie im Garten. Die Gendarmerie hat das Skelett bereits ausgegraben.

Grubenkatastrophe in Japan

Tokio. In einem Kohlenbergwerk bei Nagasaki hat sich eine schwere Explosion ereignet. Bisher sind 11 Schwer- und 22 Leichtverletzte geborgen worden. 14 Bergleute sind noch eingeschlossen, und es besteht wenig Hoffnung, sie zu retten.

Gräßlicher Selbstmord

Karlsbad. Dienstag nachmittags begoß sich sich die 40jährige Elsa Haßmann in ihrer elterlichen Wohnung in Chiesch mit Petroleum und zündete es an. Sie wurde mit Brandverletzungen dritten und vierten Grades ins Podersamer Krankenhaus überführt, wo sie am Abend ihren Verletzungen erlag. Wie aus dem Abschiedsbriefe der Frau Haßmann hervorgeht, wurde sie zu ihrer Verzweiflungstat durch die Angst getrieben, um ihre ganzen Ersparnisse im Betrage von rund 60.000 Kč zu kommen, die sie seit dem Jahre 1930 ihren Arbeitgebern geliehen hatte.

Ueberschwemmung in Virginien

New York. Auf weiten Gebieten im Süden Westvirginias haben riesige Ueberschwemmungen zahlreiche Ortschaften überflutet. Sie mußten geräumt werden. Eine ganze Reihe von Gebäuden wurde zerstört. Nach den bisherigen Feststellungen kamen sechs Personen ums Leben. Im Mittelland sind erneut schwere Sandstürme aufgetreten, die jeglichen Verkehr unterbunden haben. Neun Personen fanden den Tod.

Ein Wiedersehn nach 34 Jahren. Gestern waren im Klubgebäude des Parlaments die Vertrauensmänner unserer Kleinbauern-Bewegung versammelt. Einer von ihnen, der Genosse Mayer aus Mayerbach in Südböhmen, hat diesmal eine schöne Erinnerung auf den Heimweg mitgenommen. Vor 34 Jahren, im Jahre 1901, hielt er mit einem jungen tschechischen Genossen im Oberplaner Bezirke einige Versammlungen für das allgemeine Wahlrecht ab. Das war der heutige Senatspräsident und hervorragende Führer der tschechischen Bruderpartei, Genosse Soukup. Durch Korrespondenz wurde das gemeinsame Erlebnis wieder aufgefrischt. Soukup war damals beim Genossen Mayer zu Gast und ließ sich das Leibgericht der Böhmerwäldler, Selchfleisch mit Kraut und Knödel, gut schmecken. Als Revanche dafür ließ Genosse Soukup gestern mittag Genossen Mayer mit dem Auto des Senatspräsidiums vom Parlament abholen, zeigte ihm persönlich alle Räumlichkeiten des Senats und lud ihn anschließend zu einem Mittagessen im Senatsrestaurant ein. Dieser Akt der Kameradschaftlichkeit hat unseren Kleinbauern aus dem Böhmerwalde natürlich mächtig gefreut und er wußte dem Erlebnis auch eine humoristische Seite abzugewinnen. In der Konferenz erzählte er nachmittag, die Wachleute hätten beim Vorbeifahren des Senatsautos stramm salutiert. „Nun weiß ich nicht — meinte er — hat diese Ehrenbezeigung mir gegolten oder dem Chauffeur."

Kaltes März-Ende. Bei starkem West- bis Nordwestwind ist gestern über unsere Gegenden kühlere Luft in Begleitung von Schauern eingedrungen, auf der Schneekoppe trat ein Gewitter bei einer Temperatur von minus 4 Grad Celsius auf. In den Niederungen wurden um 14 Uhr meist plus 8 bis plus 10 Grad Celsius verzeichnet. Von der Ostsee breitet sich gegen Mitteleuropa nunmehr eine weitere Abkühlung aus. So wurde schon für heute vorausgesagt: Unbeständig, namentlich auf den Bergen, Schneeschauer, weitere Abkühlung, Wind aus nördlichen Richtungen.

100jähriges Jubiläum des Karlsbader Kurorchesters. Das Karlsbader Kurorchester kann heuer auf seinen hundertjährigen Bestand zurückblicken, aus welchem Anlasse am Ostersonntag, dem 21. April, eine Musik-Woche in Karlsbad beginnt, während welcher das Orchester mit bedeutsamen Sonderkonzerten hervortreten wird.

Ehemaliger Opernsänger als Defraudant. Vor dem Kreisgerichte Brünn verantwortete sich Dienstag und Mittwoch der ehemalige Opernsänger, der 52 Jahre alte Jaroslav Cihak wegen Veruntreuung von Geldern aus dem Unterstützungsfonds der Mitglieder des Brünner Theaters und des Klubs seiner Solisten. Er veruntreute dem Fonds, dessen Kassier er war, nach und nach im Laufe von 13 Jahren mehr als 215.000 Kč. Cihak wurde wegen des Verbrechens der Veruntreuung zu zwei Jahren schweren Kerkers unbedingt sowie zum Verluste des Wahlrechtes und zum Ersatze des Schadens verurteilt.

Russische Manganerze für Deutschland? Englische Blätter veröffentlichen folgende Meldung der „British United Preß": Der rheinische Stahlmagnat Otto Wolff gewährt mit Zustimmung der Reichsregierung Sowjetrußland einen Kredit von 16.6 Millionen Pfund (1862.4 Millionen Kč), wovon die Sowjetunion einen Teil bar, das übrige in Manganerzen zurückzuzahlen hat. Mangan ist bekanntlich zur Herstellung von Granaten und anderem Kriegsmaterial unentbehrlich.

Massensturz bei Pferderennen. Ein außergewöhnlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch bei einem Pferderennen in Sydney. Zehn Pferde, die dicht aufeinander folgten, wurden in einen Massensturz verwickelt. Drei Pferde waren auf der Stelle tot und acht Jockeys mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Sonderbare „republikanische" Maßnahme. Aus Dublin wird gemeldet: 40 bis 50 hervorragende irische Republikaner sind Dienstag von bewaffneten Geheimpolizisten verhaftet worden. Der Grund für diese Maßnahme der republikanisch gesinnten Regierung scheint zu sein, daß die unter dem Namen „irische republikanische Armee" bekannte Vereinigung beabsichtigt hat, streikenden Straßenbahnangestellten in Dublin zu Hilfe zu kommen.

50.000 Chinesen ertrunken?

Schanghai. Im Ueberschwemmungsgebiet des Gelben Flusses, hauptsächlich im Westen von Schantung, im Süden von Hopei und im nordöstlichen Honan sind Hunderte von Dörfern und viele Städe überflutet. In den letzten Wochen sind einer Feststellung des Reuterbüros zufolge zirka 10.000 Menschen, nach Meldungen aus chinesischen Quellen ca. 50.000 Menschen, ums Leben gekommen. Die Fluten haben an vielen Stellen die Dämme durchbrochen. Die Bewohner, die auf Dächern und in den Baumkronen Zuflucht suchten, befinden sich inmitten der Fluten. Der Schaden kann bisher noch nicht abgeschätzt werden. Besonders schwer heimgesucht wurde die Stadt Tschanginan im Gebiete von Hopei. Ihre Bewohner sind von der Umwelt vollkommen abgeschnitten.

Bartous Bibliothek. Seit Dienstag wird in Paris in einer Auktion die Bibliothek des ehemaligen Außenministers Louis Barthou, welcher Jahre hindurch Sammler seltener Bücher und Handschriften war, verkauft. In den ersten zwei Tagen ergab die Aktion 2.5 Millionen Frank.

Fliegertod. Auf dem Flugplatz von Augusta (Italien) stießen zwei italienische Wasserflugzeuge zusammen. Zwei Militärflieger kamen dabei ums Leben.

Kraftwagenunglück bei Frankfurt a. M. Ein furchtbares Kraftwagenunglück ereignete sich in der Nacht auf Donnerstag auf der Landstraße Eiserfeld—Siegen. Ein mit zwei Personen besetzter Privatkraftwagen fuhr gegen einen Baum und ging in Flammen auf. Einer der Insassen, der aus dem Wagen herausfing, konnte gerettet werden. Es handelt sich um den Siegener Juwelier Moritz, der mit schweren Brandwunden dem Krankenhaus zugeführt wurde. Als die Siegener Feuerwehr eintraf, war der Wagen schon völlig ausgebrannt. Der zweite Insasse, der Kaufmann Wilhelm Kocher aus Fellbach bei Stuttgart, war in seinem Sitz festgeklemmt und verbrannte bei lebendigem Leibe. Der Wagen ist wahrscheinlich durch eine Panne ins Schleudern gekommen und gegen den Baum gerast.

Studenten- und Humanitätsstiftungen. Am 1. April 1935 werden im „Landes-Verordnungsblatte für Böhmen" (in einer besonderen Beilage) Konkurse einer größeren Anzahl von Studenten- und Humanitätsstiftungen verlautbart werden. Diese Beilage ist (auch auf schriftliche Bestellung) bei der Hilfsämterdirektion der Landesbehörde in Prag-Smichow, Zborovská 27, erhältlich. In das Verordnungsblatt kann bei allen staatlichen und Selbstverwaltungsämtern im Lande Böhmen Einsicht genommen werden. Außerdem wird die betreffende Nummer des Verordnungsblattes nebst Beilage allen Mittel- und Hochschulen in Böhmen übermittelt werden.

Zugsunfall. Gestern um 9.55 Uhr entgleiste bei der Ausfahrt aus der Station Mezimostí-Veselí die Maschine des Zuges Nr. 1602 bei der Ausfahrtweiche und verrammelte die Strecke in der Richtung Ceské Velenice. Der Schnellzug Nr. 61 aus Ceské Velenice wurde auf die Hilfsstrecke über Böhm.-Budweis geleitet und der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Zu einem Unfall kam niemand. Die Ursache wird untersucht.

Mutti
begießt Du die Blumen auch mit
Blumen-Zauberdung
von der „Frauenwelt", Prag XII., Jochova tř. 62
1 Paket Kč 5.60 mit Post zusendung.

Luftschutz
als demokratischer Abwehrkampf

Zum Regierungsentwurf eines Luftschutzgesetzes

II.*)

Es kann nicht ausbleiben, daß die Luftschutzmaßnahmen einschneidende Aenderungen des öffentlichen und privaten Rechtes und eine Erweiterung des öffentlichen Unterrichts mit sich bringen. Beides ist für die proletarischen Parteien von weittragender Bedeutung.

Die Rechtsbestimmungen.

Die Gesetzesvorlage erweitert nicht bloß die Machtbefugnisse der Regierung, sie erteilt den Bezirksbehörden und Gemeinden weitgehende neue Kompetenzen und stattet sogar zahlreichen Einzelpersonen (in jedem Haus mindestens eine beauftragte Person), mit obrigkeitlichen Vollmachten aus. Die Behörden werden ermächtigt, Baumeistern und Industriellen und gewerblichen Unternehmern die Errichtung von Unterständen, Anschaffung von Gasmasken und dergleichen Leistungen auf deren eigene Kosten vorzuschreiben. Bewegliche und unbewegliche Objekte können zum Zweck des Luftschutzes angefordert werden. Begreiflich, daß derartige Maßnahmen in diktatorisch regierten Staaten früher und radikaler in Angriff genommen wurden. Die weitgehenden Ermächtigungen entsprechen den Gewohnheiten und Rechtsbegriffen des Untertanen einer fascistischen Regierung besser als jenen der Bürger einer demokratischen Republik.

Der Luftschutz macht solche Maßnahmen sachlich notwendig. Hierin liegt jedoch ohne Zweifel eine Gefahr der Militarisierung und Fascisierung des Volksgeistes. Gegen sie müssen die Abwehrkräfte des demokratischen Staates und der volksfreundlichen Parteien mobilisiert werden. Liegt die Stärke des fascistischen Staates in einem Führertum, das keinen Widerspruch duldet und rücksichtslosen Druck ausübt, so muß unsere Stärke in der Enthüllung der wahren Kriegsmotive und Kriegsgefahren bestehen und in dem Willen der aufgeklärten Bevölkerung, Frieden und Freiheit gegen den barbarischen Einbruch der kriegerischen Mächte zu verteidigen. Die organisatorischen Neuerungen infolge des Gesetzes, die Luftschutzübungen, die stattfinden werden, und der Luftschutzunterricht, der kommen muß, bieten Gelegenheiten, die wir nützen müssen, bei Strafe einer ernsten Gefährdung des demokratischen Staates. Dazu bedarf es einer klaren demokratischen Linie unserer Luftschutzpolitik und energischer Vorkehrungen zu deren Einhaltung.

Ist die Regierungsvorlage demokratisch?

Ihre Einstellung ist nicht ganz deutlich. Sucht man nach der notwendigen Stützung der so einschneidenden Vorschriften auf die freiwillige Mitarbeit und die Einsicht der Bevölkerung, so muß man bis in den speziellen Teil des Motivenberichts gehen, wo es in den Bemerkungen zum § 4 heißt, daß mit der bereitwilligen Mitarbeit verschiedener Turn- und Sportvereine (sowie bewaffneter Bürgervereinigungen!) gerechnet wird. Hier ergeben sich in der Tat wichtigste Aufgaben für einen Luftschutzdienst, der gesonnen ist, sich den Wunsch und Willen der Bevölkerung, das demokratische Gemeinwesen zu schützen, zu nutze zu machen. Es ist klar, daß solche Arbeit sich nicht auf getarnte fascistische Vereine wird stützen dürfen. Die Arbeiter-Turn- und Sportvereine werden hier eine wichtige Funktion haben, zu deren Durchführung sie mit Fug die Unterstützung der staatlichen und Gemeindebehörden ansprechen können. Die Zusammenarbeit mit diesen ist natürlich unentbehrlich, aber unsere Funktionäre müssen selbst über Wesen und Möglichkeiten des Luftschutzes und seine praktische Durchführung aufgeklärt sein, um ihre Kenntnis im richtigen Sinn zu verwerten und weiterzugeben.

Hier zeigt also die Vorlage Ansätze zum demokratischen Willen. Sie läßt ihn vermissen dort, wo der von autoritärer staatlicher Seite verkündete Friedenswille zur Geltung kommen soll. Wenn in einem solchen Gesetz nicht praktische Abwehrarbeit gegen die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung geleistet wird — wo dann? Und sie kann nicht geleistet werden, wenn den Leuten gesagt wird, man müsse nur das Nötige vorkehren und ihr Leben und ihr kleines Eigentum seien gesichert. Hier darf die demokratische, die soziale Arbeit nicht zum Optimismus verleiten. Geschieht es im Sinne des vorliegenden Motivenberichts, so heißt dies das Muster der diktatorischen Staaten befolgen! Wir lesen z. B. in der von behördlicher reichsdeutscher Seite vielverbreiteten Schrift „Der Luftschutz" von dem hamburgischen Polizeihauptmann Friedrich Krüger: „Wenn nur die Gefahren richtig erkannt, die Abwehrmittel rechtzeitig vorbereitet sind und gut angewendet werden, so lassen sich die Gefahren auf ein erheblich geringeres Maß vermindern. Es wäre deshalb verfehlt, sich übertrieben ängstliche Vorstellungen zu machen. Auch für den Luftschutz gilt der Grundsatz: ‚Bereit sein ist alles'." Da ist der Wortlaut des Motivenberichts, den ich im ersten Artikel zitierte, ganz ähnlich, aber er ist noch optimistischer! Demgegenüber muß gesagt werden: demokratisch durchgeführter Luftschutz kann nur den Charakter haben, die wahre Größe der Gefahr nicht zu verheimlichen noch auch zu beschönigen; er kann nur die Verurteilung des Krieges und die Aufrufung der Geister gegen die Kriegsgefahr zum Ziele haben. Sieht die Bevölkerung die Einrichtung der Unterstände, die Verteilung der Gasmasken, und ergibt sich bei objektiver Anleitung die Unzulänglichkeit solchen Schutzes selbst für die gesunden Erwachsenen — wie erst für Greise, Kranke, Kleinkinder! — so drängt sich doch die Frage auf: Warum all dies? Muß es sein? Und die Antwort muß sein: es geschieht gegen unser besseres Wollen, nur unter dem Druck der fascistischen Kriegsdrohung!! Dann, aber auch nur dann, wird die Gefahr nicht bestehen, daß die Bevölkerung nicht militarisiert wird, daß der Krieg nicht als Ausweg aus dem Chaos erscheint, sondern als das, was er ist: der Weg ins Chaos; nur dann wird die Luftschutzarbeit nicht gegen, sondern für die demokratische Aufklärung der Bevölkerung wirken.

Die Vorlage bedarf daher einer Ergänzung in den Durchführungsvorschriften, welche den demokratischen Charakter des Luftschutzdienstes, etwa im Sinn obiger Ausführungen, sicherstellt.

Luftschutz-Unterricht

Die Regierungsverordnung läßt, sonderbar genug, Vorschriften über den Luftschutzunterricht, ja fast jeden Hinweis auf einen solchen vermissen. Wie aber sollen die vielen Hausschutzwarte mit ihren Aufgaben, ihren Rechten und deren Grenzen, ihren Pflichten und deren sachgemäßer Durchführung vertraut gemacht werden? Wie die Insassen mit den Gründen und dem Umfang der neuen Polizeigewalt? Wie sollen sie Art und Umfang der Gefahr richtig beurteilen lernen, um der Panik im Ernstfalle vorzubeugen? Wie sollen sie das richtige Verhalten im Ernstfalle erlernen?

Kein Zweifel, so wie der Reichsluftschutzbund in allen Orten Deutschlands Luftschutz-Kurse abhielt und weiter abhält, wie dies in Oesterreich, Polen usw. ähnlich geschehen ist, so muß auch bei uns der Luftschutzunterricht an die Jugend in den Schulen, der Unterricht an Erwachsene in besonderen Kursen kommen. Dieser Unterricht muß natürlich durch technisch wohlinformierte, praktisch geübte Lehrkräfte geschehen. Aber ebenso wichtig ist, daß nicht Jugend und Volk einem militaristischen, kriegs- und etwa fascistenfreundlichen Unterricht ausgeliefert werde! Die positive Einstellung der Lehrkräfte zum demokratischen Staate muß so weit gehen, daß die Verurteilung der fascistischen Aufrüstung zur Selbstverständlichkeit wird. Der Luftschutz kann nur als Selbsthilfe des demokratischen Staates gegen den barbarischen Einbruch von außen gerechtfertigt werden. Genaue Instruktionen müssen einen entsprechenden Inhalt der Vorträge vorschreiben. Das Beispiel der fascistischen Staaten für den Luftschutzunterricht muß organisatorisch befolgt, psychologisch ins Gegenteil gekehrt werden. Unser Luftschutzunterricht muß ein Arbeitsunterricht in der Verteidigung der Freiheit, der Kultur und des Friedens werden, oder er wird zur Gefahr für diese Ideale, zur Gefahr für den demokratischen Staat!

Denkt an die Jugend! Wie sehr wird ihr Sinn für Romantik durch den Luftschutz angeregt! Wie wird sie ihn als Spiel mit der Gefahr auffassen und von ihm angezogen werden! In volkstümlichen Luftschutzzeitschriften kann man Bilder sehen, welche Jungens zeigen, wie sie betäubte Menschen aus rauchenden Unterständen tragen. Wie viele der besten Jungen und Mädels fallen aus unklarer Romantik, aus Mangel an Aufklärung dem Nazismus in die Arme; kann nicht, muß nicht beim Luftschutzunterricht dagegen kräftig gearbeitet werden?

Es kann und darum muß es geschehen. Allerdings darf dann der Luftschutzunterricht nicht „neutral" sein. Mehr als bei irgendeinem anderen Unterricht ist hier die Neutralität bloßer Schein. Der romantische, militärische Charakter des Gegenstandes zwingt zur Stellungnahme. Wird nicht ihr demokratischer und sozialer Verteidigungscharakter betont, wird nicht die wirkliche Größe der Gefahr gezeigt, dann wirkt sich der Unterricht im militaristischen, jede Gewaltpolitik fördernden Sinne aus. Zeigt er, wieviel die Freiheit und die bescheidene Habe des einzelnen durch den Luftkrieg bedroht wird, so kann er zum Instrument der Erziehung zur Freiheit werden. Denn es braucht nur die Wahrheit über Rüstungen und Absichten der drohenden Feinde gesagt zu werden, um Jugend wie Volk zu überzeugen, daß die Demokratie der Friede ist, der Fascismus der Krieg. Und zwar der furchtbarste, zerstörendste Krieg aller Zeiten.

E. B.

*) Siehe den ersten Artikel vom 24. März.

Offener Brief

Von Lion Feuchtwanger

An den Bewohner meines Hauses Mahlerstraße 8 in Berlin

Ich weiß nicht, wie Sie heißen, mein Herr, und auf welche Art Sie in den Besitz meines Hauses gelangt sind. Ich weiß nur, daß vor zwei Jahren die Polizei des Dritten Reiches mein gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen beschlagnahmt und der Reichsaktiengesellschaft für Konfiskation des Vermögens politischer Gegner (Aufsichtsratsvorsitzender Minister Göring) überwiesen hat. Ich erfuhr das aus meinem Schreiben der Hypothekengläubiger. Sie teilten mir erläuternd mit, die Rechtsprechung des Dritten Reiches verstehe, wenn es sich um das konfiszierte Vermögen politischer Gegner handle, unter „Vermögen" nur die Aktiva. Trotzdem also mein Haus und meine Banknoten, die die Hypothek um ein Vielfaches überstiegen, konfisziert seien, sei ich verpflichtet, die Hypothekenzinsen genau so wie meine deutschen Steuern aus meinem im Ausland neu zu erwerbenden Vermögen weiter zu bezahlen. Sei dem wie immer, jedenfalls sitzen Sie jetzt, Herr X, in meinem Haus, und ich habe nach der Auffassung deutscher Richter die Zinsen zu zahlen.

Wie gefällt Ihnen mein Haus, Herr X.? Lebt es sich angenehm darin? Hat der silbergraue Teppichbelag der oberen Räume bei der Plünderung durch die SA-Leute sehr gelitten? Mein Portier hat sich damals in die oberen Räume geflüchtet, die Herren wollten sich, da ich in Amerika war, an ihm schadlos halten, der Teppichbelag ist sehr empfindlich, und Rot ist eine kräftige Farbe, die schwer herauszubringen ist. Auch der Gummibelag des Treppenhauses war nicht gerade für die Stiefel von SA-Leuten berechnet. Wenn er sehr gelitten hat, wenden Sie sich am besten an die Firma Baake; der Belag ist der gleiche wie auf den Treppen der „Europa" und der „Bremen", und diese Firma hat ihn geliefert.

Haben Sie begriffen, wozu ich die halbgedeckte Dachterrasse bauen ließ? Frau Feuchtwanger und ich, wir verwandten sie für unsere morgendliche Gymnastik. Achten Sie, bitte, darauf, daß die Dusche nicht einfriert.

Was fangen Sie wohl mit den beiden Räumen an, die meine Bibliothek enthielten? Bücher, habe ich mir sagen lassen, sind nicht sehr beliebt in dem Reich, in dem Sie leben, Herr X., und wer sich damit befaßt, gerät leicht in Unannehmlichkeiten. Ich zum Beispiel habe das Buch ihres „Führers" gelesen und harmlos konstatiert, daß seine 140.000 Worte 140.000 Verstöße gegen den deutschen Sprachgeist sind. Infolge dieser meiner Feststellung sitzen jetzt Sie in meinem Haus. Manchmal denke ich darüber nach, wofür man wohl im Dritten Reich die Bücherregale verwenden könnte. Seien Sie vorsichtig, falls Sie sie herausreißen lassen, daß die Mauer nicht darunter leidet. Und hat man bei der Plünderung die Rundbank in der Fensterloggia der Bibliothek herausgerissen? Auf alle Fälle, Herr X., gibt es in dem Haus manches zu erneuern und wieder herzustellen. Darf ich Ihnen empfehlen, sich da an den Architekten Sobotka zu wenden? Es ist allerdings fraglich, ob dieser Herr seinen Beruf in Berlin ausüben darf; denn es gab dort nicht viele Architekten, die bauen konnten, aber viele Parteigenossen, die bauen wollten. Beschäftigen Sie, bitte, wenn Ihre Beziehungen Ihnen das erlauben, trotzdem keinen Parteigenossen, sondern einen Sachverständigen. Es wäre schade um das Haus.

Gern möchte ich wissen, was jetzt mit der Kreissäge in der Oberförsterei Grunewald los ist. Ihr Lärm hat mir manchmal die Freude an an dem Haus verleidet, und nur mit großer Mühe konnte ich durchsetzen, daß man die Störung beseitigte. Heute freilich dürfte Lärm in Berlin kaum mehr als störend empfunden werden. Immerhin wäre es freundlich von Ihnen, wenn Sie meinen in heißem Kampf erstrittenen Sieg nicht ohne weiteres preisgäben.

Und was haben Sie mit dem Terrarium angefangen im Fenster der Längswand meines Arbeitszimmers? Hat man wirklich meine Schildkröten und meine Eidechsen totgeschlagen, weil ihr Besitzer „fremdrassig war? Und haben die Blumenbeete und der Steingarten sehr gelitten, als die SA-Leute meinen krumm und lahm geschlagenen Portier schießend durch den Garten verfolgten, wie er sich in den Wald flüchtete?

Kommt es Ihnen übrigens nicht doch manchmal merkwürdig vor, daß Sie in meinem Hause sitzen? Ihr „Führer" gilt sonst nicht für einen Freund der jüdischen Literatur. Ist es da nicht erstaunlich, daß er sich so gern an das Alte Testament hält? Ich selber habe ihn mit viel Stimmenaufwand zitieren hören: „Auge um Auge, Zahn um Zahn" (womit er wohl „Vermögenskonfiskationen um literarische Kritik" meinte). Und jetzt hat er auch an Ihnen eine Verheißung des Alten Testaments wahrgemacht, den Spruch: Du sollst in Häusern wohnen, die du nicht gebaut hast."

Lassen Sie mein Haus nicht verkommen, Herr X. Es zu bauen und einzurichten, hat Frau Feuchtwanger und mir viel Mühe gemacht. Es ist zu bewirtschaften und zu erhalten, macht nicht viel Mühe. Pflegen Sie es, bitte, ein bißchen. Ich sage das auch in Ihrem Interesse. Ihr „Führer" hat versprochen, daß seine Herrschaft tausend Jahre dauern wird: ich nehme also an, Sie werden bald in der Lage sein, sich mit mir über die Rückgabe des Hauses auseinanderzusetzen.

Mit vielen guten Wünschen für unser Haus

Lion Feuchtwanger.

P. S. — Finden Sie übrigens auch, daß meine These, Ihr Führer schreibe schlechtes Deutsch, dadurch widerlegt wird, daß Sie in meinem Haus sitzen?

Wie die klero-fascistischen Gewerkschaften in Oesterreich Mitglieder gewinnen

Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Arbeiter lehnt allen Verlockungen und Versuchungen zum Trotz den Eintritt in die klero-fascistische Einheitsgewerkschaft ab. Um nun hier einen Wandel zu ihren Gunsten zu schaffen, wenden die Fascisten die Hungerpeitsche an, greifen zum rücksichtslosesten wirtschaftlichen Terror. Bei Vergebung von öffentlichen Aufträgen werden nur jene Unternehmungen berücksichtigt, deren Arbeiterschaft der fascistischen Organisation angehört. Braucht ein Unternehmer zum Einkauf ausländischer Rohstoffe und Halbfabrikate Devisen, so erkundigt sich die Nationalbank, bevor sie solche ausfolgt, bei der Vaterländischen Front und beim Gewerkschaftsbund, ob die Arbeiter der Firma, die sich um die Devisenzuteilung bewirbt, vaterländisch und fascistisch organisiert sind. Erst vor kurzem wurde die Arbeiterschaft eines Textilbetriebes in der Nähe von St. Pölten in einem Aufruf davon verständigt, daß öffentliche Aufträge nur an solche Betriebe vergeben werden, deren Belegschaft dem fascistischen Gewerkschaftsbund angehört. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Der Vorstand der Textilarbeiter-Gewerkschaft ist bemüht, für die Betriebe Harland und Ochsenburg öffentliche Aufträge (für Schulen, Erziehungs- und Korrektionsanstalten, Heeresbedarf etc.) zu erwirken. In Hinkunft werden solche Aufträge nur an Betriebe vergeben, deren Belegschaft dem Gewerkschaftsbund angehört.

Die Werksgemeinschaft Harland und Ochsenburg wurde auch vom Gewerkschaftsbund beauftragt, künftig im Einvernehmen mit der Direktion bei Aufnahmen und Entlassungen sowie bei der allgemeinen Interessenvertretung der Arbeitnehmer Mitglieder des Gewerkschaftsbundes zu bevorzugen. Es wird daher allen Mitarbeitern auf das eindringlichste und im eigenen Interesse empfohlen, das beiliegende Aufnahms-Ansuchen auszufüllen und den zuständigen Vertrauenspersonen ehestens einzuhändigen.

Die Wochenbeiträge (für Frauen 40 g., für Männer 60 g.) werden eventuell vom Lohn in Abzug gebracht. Das Statut des Gewerkschaftsbundes wird in den nächsten Tagen ausgegeben.

Werksgemeinschaft der A.-G. der Harländer Baumwollspinnerei und Zwirnfabrik in Harland und Ochsenburg."

Es braucht wohl nicht erst bemerkt zu werden, daß die Beiträge für die fascistische Gewerkschaftsorganisation, ohne die Arbeiter zu befragen, vom Unternehmer ganz einfach abgezogen werden. Arbeiter, die sich dagegen wehren oder auch nur protestieren, fliegen aufs Pflaster. So handeln die Leute, welche früher nicht genug über den Gesinnungsterror der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften schreien konnten. Sogar ein Antiterrorgesetz wurde als Folge dieses lügnerischen Geschreies von den bürgerlichen Parteien im Parlament beschlossen.

Film-Wochenschau 1935

Achtung! Achtung! Wir zeigen Ihnen —:
Wehrpflicht in Deutschland! Ein Volk in Waffen!
Lautloses Flugzeug! In Japan geschaffen!
Die neueste Schöpfung in prima Minen!
Furchtbares Giftgas ein Römer erfand —,
Der „Taschenkreuzer" im Hitlerland!
Achtung! Achtung! Schlachtschiffe im Werden — —
Der Friede marschiert! Der Friede auf Erden —!

Achtung! Achtung! Wir zeigen Ihnen —:
Das Schlachtfeld von morgen! Wirkt täuschend echt!
Ein Bombenangriff! Ein Gelbkreuzgefecht — —
Den rollenden Tank — er fährt auf Schienen —!
Herrn X., den genialen Bazillenerfinder,
Sein Werk: Der Krieg gegen Frauen und Kinder!
Blick in die Zukunft! So wird es werden,
Der Friede, der Friede für immer auf Erden!

Achtung! Achtung! Wir zeigen heute —:
Die Menschenjäger beim Kopfpreiserschleichen,
Mit fixem Auftrag aus Dritten Reichen,
Man zahlt für tote und lebende Leute!
Kein Wallace hat je solche Tricks erfunden,
Hat man das Opfer —, so wird es geschunden!
Bewährte Methode. So muß er werden,
Der Friede, der Kirchhofsfriede auf Erden!

Pierre

PRAGER ZEITUNG

Gerichtssaal

Um die Frau loszuwerden

Prag. Ziemlich sonderbar mutete der Fall des 30jährigen Josef Runsa an, der vor dem Strafsenat Kaplan wegen versuchten Abschlusses einer Doppelehe angeklagt war. Runsa hat vor sieben Jahren eine Ehe geschlossen, die später ziemlich unglücklich verlief. Es gelang ihm nach langen Bemühungen, seine Frau zur einverständlichen Scheidung zu bewegen. Als er aber nach vollendeter Ehescheidung die vollständige Trennung der Ehe durchführen wollte, setzte seine geschiedene Gattin hartnäckigsten Widerstand entgegen und war unter keinen Umständen dazu zu bringen, in die Trennung einzuwilligen.

Josef Runsa lernte nun ein Mädchen kennen, das ihm gefiel und das auch bereit war, mit ihm eine Ehe einzugehen. Tatsächlich kam es zur Verlobung und kurz nachher bestellte der verheiratete Bräutigam beim Pfarrer des Dorfes Pchery, wo seine Braut lebte, das Eheaufgebot. Weder dem Pfarrer, noch seiner Braut hatte er von seiner ersten Ehe etwas mitgeteilt und tatsächlich wurde das Brautpaar an drei aufeinanderfolgenden Sonntagen ordnungsgemäß von der Kanzel herab aufgeboten. Die Hochzeitsvorbereitungen waren in vollem Gange, die Hochzeitsgäste geladen, der Trauungstermin festgesetzt.

Kurz vor der Hochzeit nun kam es aber zu einem großen Skandal im Dorfe Pchery. Die geschiedene Gattin Runsas hatte von der beabsichtigten Ehe ihres Mannes erfahren und erschien nun selbst auf dem Pfarramt und erhob nachdrücklichst Einspruch. Tatsächlich wäre die neue Eheschließung Bigamie gewesen, denn die Scheidung löst das Eheband nicht auf, sondern bloß das eheliche Zusammenleben. Erst durch die Ehetrennung wird die Ehe als solche aufgehoben und erst nach dem Trennungsurteil sind die Ehegatten wieder frei. Bis dahin gelten sie aber als verheiratet und die Eingehung einer neuen Ehe bedeutet die Begehung des Verbrechens der Bigamie.

Nun sind Fälle, wo geschiedene Gatten in wirklicher oder vorgetäuschter Unkenntnis dieser Rechtsvorschrift eine zweite Ehe eingehen und sich strafbar machen, zwar nicht häufig, aber sie kommen hie und da vor. Erscheinen dann solche „Sünder" vor Gericht, so bemühen sie sich natürlich nach Kräften darzutun, sie hätten in gutem Glauben gehandelt und angenommen, daß sie durch die bloße Scheidung ihre völlige Freiheit wiedererlangt hätten. Um so mehr überraschte es, als der Angeklagte bereitwilligst zugab, er habe gewußt, daß er als bloß geschiedener Mann keine neue Ehe eingehen dürfe. Aber — und diese Verteidigung ist das sonderbarste an dieser Sache — er habe gar nicht ernstlich an die Eheschließung mit der ahnungslosen Braut gedacht. Er habe das Aufgebot nur deshalb bestellt, damit seine geschiedene Frau einen ordentlichen Zorn auf ihn bekommen und dann aus lauter Wut in die ersehnte Scheidung einwilligen sollte.

Gewiß, eine sonderbare Verteidigung, die kein sonderlich gutes Licht auf den Charakter des Angeklagten wirft. Auch wenn es sich tatsächlich so verhalten sollte, so wird man sich über das robuste Gewissen dieses merkwürdigen Bräutigams wundern müssen, dem es nichts ausmachte, einem solchen Manöver zuliebe das Mädel dem öffentlichen Gespött auszusetzen. Doch abgesehen davon, erschien diese Verantwortung des Angeklagten den Richtern ganz unglaubwürdig. Josef Runsa wurde schuldig erkannt und zu vier Monaten Kerkers verurteilt, allerdings bedingt. rb.

Kunst und Wissen

Oskar Straus 65 Jahre alt

Am 6. April feiert der aus Wien gebürtige Operettenkomponist Oskar Straus seinen 65. Geburtstag. Nachdem er zuerst unter dem Einfluß von Offenbach gestanden hatte, ging er später zur Tanzoperette über. Von seinen Operetten hatten „Die lustigen Nibelungen", „Ein Walzertraum", „Marietta", „Tanz um die Liebe" und „Teresina" den größten Erfolg

Deutschlands Künstler boykottieren das Nazi-System

Der „oberste Parteirichter" der NSDAP Buch, hat in einer geradezu sensationellen Erklärung den völligen Bankrott der nationalsozialistischen Kunstgeschichte eingestanden. Buch gibt rundweg zu, daß es „in den zwei Jahren nicht gelungen sei, Künstler nationalsozialistischer Prägung zu schaffen" und erklärt resigniert, daß die „Kreaturen des vergangenen Systems" kühner als je zuvor sich „hervorwagen" würden. „Schmackvollerweise", bemerkt Buch, „gibt es viele wirkliche Künstler bei uns", die der „judäo-marxistischen Entartung" dienen und so ihre Kunst prostituieren."

Buch erklärt, diesem „gemeingefährlichen (!) Treiben" gegenüber gebe es nur ein Mittel: jeder kulturelle Organisationsleiter, der die Entartungskunst und ihre Träger auch nur unmittelbar fördere, müsse sofort seines Postens enthoben werden."

Das heißt also, ins richtige Deutsch übersetzt: jeder, der wirkliche Kunst dem parteiamtlich anerkannten „Gesinnungskitsch" vorzieht, fliegt! Auch dieser Terror wird nichts nützen. Buchs Geständnis aber ist sehr wertvoll. Beweist es doch, daß der mit so viel Tam-Tam inszenierte „Kunsterneuerungs"-Feldzug der Diktaturpartei völlig gescheitert ist und daß die Könner unter den deutschen Künstlern nichts vom Nationalsozialismus wissen wollen!

Studio-Aufführung. Das Deutsche Theater veranstaltet eine Studio-Aufführung moderner Einakter-Opern, und zwar „Saul" von Reutter, „Armer Matrose" von Milhaud, „Reinecke" von Strawinsky, am 5. April in der Kleinen Bühne. Musikalische Leitung: Paul Aron. Preise: 12 bis 45 Kč. Vorverkauf täglich.

„Glorius, der Wunderkomödiant" von Werner, übersetzt und bearbeitet von Max Brod, geht Mitte April im Neuen deutschen Theater in Szene.

Spielplan des Deutschen Theaters. Donnerstag halb 8: Die Jüdin, C 2. — Freitag halb 8: Erstaufführung: Das unbekannte Mädchen, D 1. — Samstag halb 8: Neueinstudiert: Gräfin Mariza, B 1. —

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag ½8: Neuinszeniert: Ein Glas Wasser. — Freitag 8¼: Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf: Ein Glas Wasser. — Samstag 8 Uhr: Ein Glas Wasser. —

Die Hauptdarsteller in dem Film „Die Rothschilds", der den Aufstieg dieser berühmten Familie schildert

Sport • Spiel • Körperpflege

Die Bestleistungen der ungarischen Arbeiter-Leichtathleten

Im Jahre 1934 waren die ungarischen Arbeiter-Leichtathleten besonders erfolgreich, denn es gelangen ihnen nicht weniger als zehn neue Bestleistungen zu verbessern. Im folgenden bringen wir die gesamten Bestleistungen:

Sportler: 100 Meter: 11.3 Sek.; 200 Meter: 23.5 Sek.; 400 Meter: 50.8 Sek.; 800 Meter: 1:58.2 Min.; 1500 Meter: 4:08.8 Min.; 3000 Meter: 9:02.4 Min.; 5000 Meter: 15:27.8 Min.; 10.000 Meter: 31:50.4 Min.; 110 Meter Hürden: 17.6 Sek.; Hochsprung: 1.70 Meter; Weitsprung: 6.87 Meter; Dreisprung: 13.51 Meter; Kugel: 11.25 Meter; Diskus: 37.25 Meter; Speer: 54.24 Meter; 4×100 Meter: 45.8 Sek.; 4×400 Meter: 3:42 Min.; 10×100 Meter: 1:56.9 Min.; Schwedenstaffel: 2:08.6 Min.; Olympische Staffete: 3:41.4 Min.

Sportlerinnen: 60 Meter: 8.2 Sek.; 100 Meter: 13 Sek.; 200 Meter: 28.1 Sek.; Hochsprung: 1.33 Meter; Weitsprung: 5.12 Meter; Kugel: 10.32 Meter; Diskus: 31.17 Meter; Speer: 28 Meter; 4×100 Meter: 54.2 Sek.; kleine Olympische: 56.2 Sek.

Verregneter Sonntag im holländischen Arbeitersport. Die meisten Wettkämpfe konnten infolge starken Regens und der dadurch unspielbar gewordenen Spielplätze nicht ausgetragen werden. Vor allem im Handball war es besonders arg, es gelangten nur sehr wenige zur Durchführung. Im Fußball war es nicht anders. Im Kreis Utrecht gabs eine Ueberraschung, indem es Bussum gelang, mit 3:1 über Utrecht die Oberhand zu behalten. Voorwaarts im Kreis Limburg schlug Rood-Wit 7:0 und RASB verloren gegen Boys-Treebeek 0:5. Im Kreis Hoorn siegte Schagen mit 2:1 über Paulowna. — Handball: Im südholländischen Kreis siegte Rotterdam über TOCR mit 7:6. Kreis Arnhem: Watervrienden spielten bei den Männern mit Arnhem 1:1, während sie bei dem Frauenspiel mit 3:0 gewannen.

Karlsbader FK — Ausgleich. Wie die Blätter melden, hat der Karlsbader Fußballklub den gerichtlichen Ausgleich angemeldet. Die Aktiven betragen 57.912 Kč, die Passiven 77.275 Kč, somit wäre eine Ueberschuldung von 19.363 Kč vorhanden. Anlaß zu diesem Schritt gaben wiederholt durchgeführte Exekutionen. Hauptgläubiger sollen der DFB und die Prager Sparta sein, letztere hat noch Forderungen bezüglich des von ihr verkauften Mittelläufers Kreuz. Das wird offiziell bekanntgegeben, während die übrigen Geldgeber des KFK sich noch nicht als Gläubiger gemeldet haben, obwar ihre Beiträge ebenfalls eine schöne Summe darstellen. — Den Gläubigern will man vorerst 45 Prozent bieten und eventuell ein außergerichtliches Arrangement treffen. In den Passiven soll auch eine große Summe der Spieler mit inbegriffen sein, welche Rückstände an Gagen zu fordern haben.

Auch schon eine „Hilfe"! Die Schiedsrichtergebühren im TAV wurden in einer Sitzung der Vertreter des DAV und der Schiedsrichter „ermäßigt". Die Pfeiferzilde war nicht für eine Herabsetzung, so daß bei Stimmengleichheit der Vorsitzende für diese dirimierte. Während die Gebühren für die Liga und Oberklasse unverändert blieben, wurden jene der ersten um fünf Kč und die der zweiten Klasse sogar nur um drei Kč herabgesetzt. Also eine „Ermäßigung", wie sie lächerlicher nicht sein kann.

Der blamierte Schmeling. Nach dem „Siege" über Hamas schrieben wir, daß Nazi-Max einmal Weltmeister gewesen war. Trotzdem unterstehen gewisse „Führer" im Dritten Reich nichts, um ihren Schützling wieder zu diesem Titel zu verhelfen. Man nahm es auch nicht wahr, daß Baer ein Jude sei, überlief und bot ihm eine schöne Stange Geld (in Dollar natürlich), damit der Kampf zustande komme. Die Nachrichten häuften sich von einem bevorstehenden Kampf im Sommer und nun kommt aus Amerika die Nachricht, daß weder Schmeling noch Carnera ein Anrecht auf den Weltmeistertitel haben, sondern ein Amerikaner. Zum Ueberfluß verbot der amerikanische Boxverband den geplanten Kampf Baer—Schmeling. Nun sind wohl endgültig die Hoffnungen der Herrschaften im Dritten Reiche zusammengebrochen und Schmeling der blamierte Europäer . . .

Aus der Partei

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Freitag, 20 Uhr, Ausschußsitzung, Parteiheim, Národní 4.

Vereinsnachrichten

Volkssängergemeinde. Alle aktiven Sängergenossen werden ersucht, bei der Vertrauensmänner-Versammlung am Samstag, dem 30. März, die unser Männerchor mit einem Begrüßungschor eröffnen wird, bestimmt zu erscheinen. Zusammenkunft aller Sänger vor dem Urania-Gebäude um halb 6 Uhr abends! — Sangesgenossen und -genossinnen! Wir ersuchen euch alle, bei der Probe am Dienstag, dem 2. April, im Probelokal, Smečkygasse, pünktlich zu erscheinen, zumal dies die letzte Probe vor der Generalprobe zur Aufführung der Atus-Akademie ist. Frauenchor: dreiviertel 7 Uhr, Männerchor: dreiviertel 8 Uhr.

Die Vereinsleitung.

S.P.D.-Flüchtlinge. Arbeitsgemeinschaft Mittelstandsfragen." Donnerstag, den 28. d. M., 17 Uhr, im Parteiheim Národní tř. Nr. 4. Vortrag „Plan der Arbeit in Belgien". (Hendrik de Man). Alle interessierten S.P.D.-Emigranten sind hiermit eingeladen.

ATUS

Fest-Akademie

am 6. April 1935, 8 Uhr abends, großer Radiosaal

Gymnastik, Turnen, Gesang, Orchester - Nachher Tanz

Einladung zur

Generalversammlung

des Bezirksvereines Arbeiterfürsorge Prag am 29. März 1935, um 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter, Smečkagasse 27.

Tagesordnung:

1. Protokollverlesung.
2. Berichte.
3. Wahlen.
4. Freie Anträge.

Einberufer:

Maria Dentsch, Vorsitzende. Hilde Franzel, Kassierin.

Der Film

Das Lied der Lieder

Der Reise-Könner Ruben Mamoulian hat, wie man hört, mit der Verfilmung von Werfels „Musa Dagh" begonnen, dem von Geschehnissen, Gleichnissen und Gestalten erfüllten Prosa-Epos von der Vertreibung und vom Verzweiflungskampf der Armenier. Er hat sich also ein höheres Ziel gesteckt als mit diesem älteren Film, bei dem es sich nur um einen Sudermann-Roman handelt, der wie alle Erzählungen des Ostpreußen (mit Ausnahme der „Frau Sorge" und der „Litauischen Geschichten") eine Konstruktion von Knalleffekten ist.

Das „Lied der Lieder" ist der Name einer Skulptur, zu der ein frisch nach Berlin gekommenes Landmädchen Modell steht, das der Bildhauer einem reichen Husarenobersten überläßt. Als nach einiger Zeit der Oberst den Bildhauer auf sein Schloß einlädt, wird es natürlich schrecklich dramatisch, denn das Modell hat den Bildhauer (wie üblich) geliebt — und den Obersten mit einem jungen Reitlehrer betrügen wollen. Sie muß das Schloß verlassen und sinkt in die Halbwelt hinab, wo sie schließlich der Bildhauer wiederfindet.

Was aus dieser Geschichte zu machen ist, hat Mamoulian mit Feinheiten, Stimmungen und Akzenten gemacht. Aber die Unwahrscheinlichkeiten und Plumpheiten der Handlung hat er nicht verdecken können. Und auch Marlene Dietrich in der Hauptrolle vermag die Gestalt des Landmädchens, das zum Modell und zur Baronin wird, nicht glaubhaft zu machen. Nur gegen Ende erinnert sie an ihre beste Filmrolle: die Lola im „Blauen Engel". Und wenn sie ihren Schlager „Jonny, wenn du Geburtstag hast" (auf englisch) anstimmt, ist sie so, wie ihre Verehrer sie wünschen. —eis—

Eddie Cantor und Gloria Stuart in dem amerikanischen Film-Lustspiel „Skandal in Rom".

Verlanget überall Volkszünder

Abonnements - Bestellschein.

Abonniere ab . . . . . 1935 das täglich erscheinende Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

„Sozialdemokrat"

Verwaltung Prag XII., Fochova tř. 62,

zum Preise von 16 Kč monatlich, und sende diesen Betrag nach Erhalt des Erlagscheines ein.

Name: . . . . . .

Genaue Adresse: . . . . . .

Letzte Post: . . . . . .

Unterschrift: . . . . . .

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken. — Die Zeitungsfrankatur wurde vor der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis" Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.-G., Prag.